

Beschlussheft

34. Bundeskongress

*Sommersemester 2024*

Die Linke.SDS

5



# Inhaltsverzeichnis

	<b>Inhaltliche Anträge .....</b>	<b>3</b>
	A1 Leitantrag des Bundesvorstand zum 34. Bundeskongress .....	3
5	A2 Gemeinsam Verantwortung übernehmen, lokal und mit gutem Handwerkszeug.....	15
	A3 Gegen Krieg, Genozid und Repression! - Was tun als SDS an den Universitäten? .....	16
	A4 Gegen den Faschismus // Gemeinsam gegen die AfD! .....	25
	A5 Für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza! Wir wirken mit konsequentem Ausbau von Bildung und Friedenswissenschaft für Frieden in Palästina .....	28
10	A6 Antifaschismus in Hochschulen und Studierendenbewegung: Soziale und zivile Entwicklung gegen Rechts .....	32
	A7 BAföG für Alle statt Alles für den Krieg – gemeinsam am Aufbau der Studierendenbewegung arbeiten!.....	35
15	A8 Befreien wir die Wissenschaft! Für Frieden, Völkerverständigung und sozial-ökologischen Fortschritt .....	39
	A9 Jetzt erst recht: Landtagswahl in Sachsen unterstützen .....	49
	A10 Gemeinsam lernend schreiten wir fort! Kuba die Hand reichen - Internationale Solidarität stärken .....	50
	A11 Rosa-Luxemburg-Konferenz und Luxemburg-Liebknecht-Delegation 2025.....	54
20	A12 Die Jugend vereint gegen Militarismus und Wehrdienst! .....	55
	A14 Erneuerung des bundesweiten Designs .....	60
	A15 Delegation zum 3. Jubiläum der GKN-Fabrikbesetzung bei Florenz.....	61
	A16 Feministischen Aufbruch wagen! - Queere feministische Bildung stärken .....	64
25	D1: Dringlichkeitsantrag - Waffenstillstand jetzt! Stoppt die Ausweitung des Krieges im Nahen Osten! .....	65

## Inhaltliche Anträge

# A1 Leitantrag des Bundesvorstand zum 34. Bundeskongress

## The Students united will never be defeated

- 5 »In jeder Generation muss es welche geben, die leben, als ob ihre Zeit nicht ein Anfang und ein Ende, sondern ein Ende und ein Anfang wäre.«

– Manès Sperber

Wenn wir auf die vergangenen Monate blicken, sticht eine politische Entwicklung heraus: Wir sehen immer mehr staatliche Repressionen, Einschränkungen des  
10 Demonstrationsrechts und brutale Polizeieinsätze. Wir erleben zudem zunehmende Einschränkungen der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit bei gleichzeitiger Militarisierung der Forschung. Zusätzlich erleben wir einen Ausbau der entwürdigenden Gängelungs- und Kontrollmechanismen in den sozialstaatlichen Institutionen. Diese Entwicklungstendenz bedeutet - um es auf den Punkt zu bringen - eine massive  
15 Ausweitung *autoritären Regierens*.

Diese Verschärfungen sind nicht losgelöst von einer strukturellen Krise des kapitalistischen Akkumulationsregimes zu begreifen: Der politisch vorangetriebene Abbau öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme der letzten Jahrzehnte untergräbt zunehmend die Hegemonie des »progressiven Neoliberalismus«.  
20 Die aktuellen multiplen Krisen offenbaren die Prekarität der durch den Neoliberalismus ausgehöhlten Daseinsvorsorge und öffentlichen Infrastruktur in voller Härte. Die Unfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, angemessene Antworten auf die Klimakatastrophe aber auch auf die sozialen Krisen zu finden, tritt heute ebenso offen zu Tage wie die verstümmelte Steuerungsfähigkeit der bürgerlichen Demokratie. Aber  
25 auch geopolitisch verschärft sich die Lage: Im Besonderen ist es der Aufstieg Chinas, der die globale US-Hegemonie zunehmend in Frage stellt, im Allgemeinen das »Ende der billigen Natur«<sup>1</sup> und die wachsende Konkurrenz um Absatzmärkte und Schlüsselressourcen, die eine neue Hochkonjunktur inter-imperialistischer Konkurrenz ankündigt. Hierzulande verdichten sich diese Entwicklungen in einer tiefen Krise des  
30 deutschen Exportmodells. Derzeit scheint die dominante Lösungsstrategie im bürgerlichen Machtblock einer »imperial-neoliberalen Modernisierung des deutschen Exportmodells«<sup>2</sup> zu entsprechen: Energiesicherheit durch LNG und einen moderaten Ausbau der Erneuerbaren; wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit durch Lohndumping, Sozialstaatsabbau und Subventionen für grüne Hightechnologien; Gehorsam durch

---

<sup>1</sup> Jason W. Moore: [Imperialistische Kriege in der Endphase der billigen Natur](#)

<sup>2</sup> Lia Becker: [Blockierte Transformation und rechte Offensive](#)

Militarisierung, Angriffe aufs Streikrecht, staatliche Repressionen und rassistische Gewalt - letztere vor allem an den EU-Außengrenzen und gegenüber der Palästina-Solidaritätsbewegung.

5 Der hegemoniale Konsens hat heute, kurz gesagt, überall klaffende Risse und kann derzeit nicht ohne Feindprojektionen und Pfefferspray zusammengeflickt werden. Nicht zuletzt auf dieser Grundlage konnte die AfD über Monate das politische Geschehen in Deutschland maßgeblich dominieren. Oftmals (aber nicht immer) war sie der Impulsgeber zunehmender Repression und einer Normalisierung von Gewalt gegenüber rassifizierten, illegalisierten und dissidenten Teilen der Arbeiter\*innenklasse. Ampel-  
10 Regierung und Unionsparteien sind hierbei allerdings keineswegs bloß die Getriebenen. Sie tragen eigenständig und entscheidend dazu bei, immer autoritärere Maßnahmen zu implementieren. Die Verschiebung hin zu mehr direktem Zwang zeigt auf, dass der gesellschaftliche Konsens bröckelt. Diese Verschiebung läuft dabei nach einem klaren Muster ab: Die neuen Repressionen werden zunächst an den am stärksten  
15 marginalisierten Gruppen erprobt. Ist hier erst einmal ein neuer Standard der Unterdrückung und Entwürdigung erfolgreich etabliert, öffnet sich die Tür, um diese Standards auf die im sozialen Machtgefälle nächstgelegenen Teile der Arbeiter\*innenklasse auszuweiten. Kaum ist die Bezahlkarte für Geflüchtete durchgesetzt, ertönt schon die Forderung, dieses Kontrollinstrument auch auf die  
20 »arbeitsunwilligen« Bürgergeldempfänger\*innen auszuweiten.

### **»Doppelter Rechtsruck«**

Diese Zunahme autoritären Regierens zeichnet das Bild eines gesellschaftlichen Rechtsrucks - dieser vollzieht sich jedoch nicht nur innerhalb oder mit der AfD, auch wenn diese an vielen Stellen impulsgebend die Politik der herrschenden Klasse  
25 bestimmt. Wie skizziert, vollzieht sich diese Rechtsentwicklung auch durch das gesamte bürgerliche Lager hindurch von SPD und Grünen bis hin zur CDU. Es ist dennoch wichtig, zwischen der Rechtsentwicklung der AfD und der extremen Rechten und der bürgerlichen Parteien zu differenzieren. Wer diesen qualitativen Unterschied leugnet, läuft Gefahr, ein Revival der Sozialfaschismusthese zu begünstigen, was schlussendlich  
30 den Faschisten in die Hände spielen wird. Darum ist es sinnvoll, den von Raul Zelik geprägten Begriff des »doppelten Rechtsrucks«<sup>3</sup> heranzuziehen, um diese gefährlichen Tendenzen in beiden politischen Spektren zu beschreiben.

### **Die extreme Rechte: Zwischen Selbstverharmlosung und Radikalisierung**

35 Anfang diesen Jahres haben wir eine der größten antifaschistischen Massenbewegungen der letzten Jahrzehnte auf den Straßen Deutschlands gesehen: Anlass war die im Januar veröffentlichte correctiv-Recherche über ein Geheimtreffen im November 2023, bei welchem unter Anwesenheit hochrangiger Mitglieder der AfD, einflussreicher

---

<sup>3</sup> Raul Zelik: [Nancy Fraser von Uni Köln eingeladen: Ein doppelter Rechtsruck](#)

Unternehmer, führender Köpfe der Identitären Bewegung sowie zweier Mitglieder der Werteunion »Remigrations«-Pläne vorbereitet wurden, die die Abschiebung von Millionen Menschen auf Grundlage rassistischer Kriterien vorsehen. Die AfD distanzierte sich zwar öffentlich von dem Treffen, dennoch führte die Enthüllung zu massiver  
5 Empörung in der Bevölkerung. In zahlreichen Städten Deutschlands gingen Millionen von Menschen auf die Straße, um gegen die AfD und ihre Pläne zu protestieren. Doch diese Dynamik ebte nach einigen Wochen ab und konnte sich nicht verstetigen. Dennoch kennzeichnete die Veröffentlichung der correctiv-Recherche den Beginn der derzeitigen Krise der AfD.

10 Seit ihrer Entstehung hat sich die AfD von einer rechts-konservativen, ordoliberalen Partei hin zu einer im Kern faschistischen Partei entwickelt, der es bisher gelingt, ein geeintes hegemoniales Projekt der radikalen Rechten darzustellen. Der völkische Flügel um Höcke ist mittlerweile innerparteilich in Führungspositionen und unter Mandatsträgern fest verankert, allein im Bundestag beschäftigt die AfD über 100  
15 Rechtsextreme und mit den absehbaren Wahlerfolgen der AfD in Ostdeutschland ist zu erwarten, dass auch die Radikalisierung auf der Straße ein neues Ausmaß erreichen wird. Beflügelt von ihrem Umfragehoch seit Sommer letzten Jahres verfolgte die AfD, anders als die meisten anderen rechten Parteien, keine Strategie der Anpassung, sondern der offenen Radikalisierung. Allerdings gibt es einen zentralen Widerspruch, mit  
20 dem alle neofaschistischen Parteien seit 1945 umgehen müssen: der Spagat zwischen Selbstverharmlosung und Radikalisierung – zwischen rechtspopulistischen Ausgreifen und Festigung des faschistischen Kerns inklusive systematischer symbolischer Provokation.

Auch innerhalb der AfD wird dieser Widerspruch weiterhin ausgefochten: Unter dem  
25 Druck der Proteste Anfang des Jahres entließ Alice Weidel ihren persönlichen Referenten Roland Hartwig für dessen Teilnahme an dem Geheimgetreffen. Götz Kubitschek, Leiter des »Instituts für Staatspolitik« und enger Freund von Björn Höcke, kritisierte Weidels nachgiebige Haltung als »Altparteienverhalten«. Nicht zuletzt spitzte sich dieser Widerspruch an dem AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Kraus zu: Mit seiner jüngsten  
30 Verharmlosung der SS überspannte er den Bogen und das französische Rassemblement Nationale (RN) kündigte die Zusammenarbeit mit der AfD im EU-Parlament auf. Die jetzige Auseinandersetzung zwischen RN und AfD offenbart genau den Widerspruch zwischen Selbstverharmlung und Radikalisierung.

Kraus Rückzug aus dem Bundesvorstand der AfD kennzeichnet vorerst eine Niederlage  
35 des faschistischen Flügels in dieser Auseinandersetzung. Doch auch weiterhin bereiten sich mindestens Teile der AfD unter der (noch inoffiziellen) Führung des Höcke-Flügels auf einen aus ihrer Sicht unvermeidlichen Bürgerkrieg und einen faschistischen Umsturz vor. Die anhaltenden Provokationen des faschistischen Flügels beschränken sich dabei nicht auf die Nutzung von SS-Parolen und die Verharmlosung des Nationalsozialismus,  
40 sondern gehen einher mit einer Radikalisierung auf der Straße, wie beispielsweise die

zunehmenden Angriffe auf Politiker\*innen vor allem von Mitte-Links-Parteien in den letzten Wochen gezeigt haben.

### **Autoritarisierung und Zeitenwende in der bürgerlichen Mitte**

5 Während die AfD und die von ihr ausgehende Gefahr im Zentrum eines liberalen Antifaschismus steht, wird der Rechtsruck der bürgerlichen Parteien und die Gefahr des autoritären Liberalismus im öffentlichen Diskurs und den herrschenden Analysen nicht oder unzureichend adressiert. Doch der Staat hat es geschafft über die vergangenen Jahre in unterschiedlichen Krisen autoritäre Tendenzen voranzutreiben – unter weitgehender Zustimmung und aktiver Unterstützung »liberaler« Akteure<sup>4</sup>. Die 10 derzeitigen extrem weitreichenden und erschreckenden Einschränkungen der Meinungs-, Versammlungs-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit im Zuge der Repression gegen die Palästina-solidarische Bewegung stellen dabei einen Brandbeschleuniger der autoritären Verschiebungen dar, der nicht etwa von AfD und CDU, sondern der selbsternannten »Fortschrittskoalition« aus SPD, Grünen und FDP vorangetrieben wird. 15 Die rechte Radikalisierung der Mitte und ihre Rufe nach einem autoritären Staatsverständnis bestellen der extremen Rechten somit nicht nur diskursiv das Feld, sondern führen in Regierungsverantwortung auch zu einer Umsetzung der Forderungen von AfD und Co. Während die derzeitigen autoritären Eingriffe vor allem mit einer vermeintlichen Antisemitismusbekämpfung und der deutschen »Staatsräson« legitimiert 20 werden, sind Bemühungen um eine »innere Zeitenwende« bei den autoritären Einschränkungen ebenso relevant. Neben den autoritären Eingriffen, der zunehmenden Militarisierung der Sprache und Politik, zeichnet sich der Rechtsruck der Mitte auch durch die rassistischen Diskursverschiebungen aus, die sich unter anderem in verschärfter Asylpolitik, neuen Staatsbürgerschaftsgesetzen und einer massiven 25 Zuspitzung antimuslimischen Rassismus zeigen.

Auch nach acht Monaten genozidaler Kriegsführung gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza unterstützt die deutsche Regierung Israel weiterhin militärisch, wirtschaftlich und politisch und macht sich somit zur aktiven Komplizin des fortlaufenden Genozids. Zeitgleich wird die Palästina-solidarische Bewegung hier in 30 Deutschland unter massivem Polizeiaufgebot, weitreichenden Grundrechtseinschränkungen und pauschalen Diffamierungen durch Politik und Medien bekämpft. Obwohl sich die Unterdrückung palästinasolidarischer Proteste in eine Kontinuität einordnet, hat sie seit dem 7. Oktober an Ausmaß und Schärfe drastisch zugenommen. Während die wirtschaftlichen, politischen und geostrategischen 35 Interessen Deutschlands an der Existenz Israels in jetziger Form nur durch wenige kritische Stimmen adressiert werden, dominieren Positionen, die die historische Verantwortung Deutschlands für den Schutz jüdischen Lebens mit der bedingungslosen

---

<sup>4</sup> siehe hierzu unter anderem Ingar Solty: [»Innere Zeitenwende«](#)

Solidarität mit dem israelischen Staat gleichsetzen. Für diese Gleichsetzung ist essenziell, dass Israel als jüdische Entität gedacht wird, die die alleinige Vertretungs- und Definitionsmacht jüdischen Lebens innehat und der das Primat über das Gebiet zwischen den beiden Gewässern zukommt. Politische Positionen – etwa die des Antizionismus – und innerjüdische Aushandlungen verschwinden so hinter generalisierten Identitätszuschreibungen, die keinen Raum für die Heterogenität jüdischer Identitäten lassen. Ebenso wenig Raum findet in dieser Sichtweise das Recht der Palästinenser\*innen auf ein Leben in Würde und Freiheit vor Ort. Die Auslegung der binationalen Beziehung mit Israel als bedingungslose Solidarität – auch als »Staatsräson« bezeichnet – wird dabei in den »Rang eines Grundpfeilers bundesrepublikanischer Staatlichkeit [erhoben], der sich dem demokratischen Diskurs entzieht«<sup>5</sup>. Unter Bezug auf eine freiwillige, weder demokratisch noch juristisch legitimierte Selbstverpflichtung, nimmt die Politik so weitreichende Einschränkungen der wichtigsten Grundgesetze der bundesdeutschen Verfassung vor<sup>6</sup>. Für uns steht außer Frage, dass der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland unbedingt gewährleistet werden muss. Dieser kann jedoch nicht durch Grundrechtseinschränkungen und Angriffe auf andere Minderheiten stattfinden.

Nachdem im Zuge des Kriegs in der Ukraine die Ampelregierung über Nacht die Aufrüstung der Bundeswehr in unbekanntem Ausmaß beschlossen hat, sind wir nun mit immer stärkeren Versuchen konfrontiert, auch die zivilen Bereiche der Gesellschaft in die ausgerufene »Zeitenwende« zu integrieren. Ob ein »unverkramptes Verhältnis zur Bundeswehr« in den Schulen, Forderungen nach einer deutschen »Kriegstüchtigkeit« oder die Abschaffung der Zivilklauseln – der linksliberale Bellizismus von FDP, SPD und Grünen hat sich der Militarisierung der deutschen Gesellschaft angenommen<sup>7</sup>. Das Skizzieren einer permanenten Bedrohungskulisse im Außen – insbesondere durch Russland – dient dabei dazu, die zunehmende Militarisierung zu normalisieren, Bildungseinrichtungen zunehmend in den militärisch-industriellen Komplex zu integrieren und nicht zuletzt eine massive Umverteilung von Geldern aus dem Sozialen in die Aufrüstung zu legitimieren. Anstatt zu einer nachhaltigen Entspannungspolitik beizutragen, verhindert der deutsche Staat mit seinen Bündnispartnern der NATO eine globale Friedenspolitik. Der linksliberale Bellizismus äußert sich ebenfalls in nationalistischen Tendenzen, wenn liberale Antifaschist\*innen die AfD aufgrund von Verbindungen zu Russland oder China als »Landesverräter« kritisieren, ihnen also fehlenden Nationalismus unterstellen und sich mit Nationaltreue rühmen.

---

<sup>5</sup> Daniel Marwecki: [Israel und die deutsche Staatsräson](#)

<sup>6</sup> Siehe hierzu unter anderem auch Isabel Frey: [Gegen Antisemitismus und seine Instrumentalisierung](#); Peer Stolle & Henning Obens: [Staatsräson vs. Grundrechte](#); Kai Ambos: [Scharfgestellte Staatsräson](#).

<sup>7</sup> siehe hierzu Nicole Gohlke: [Bundeswehr raus aus den Schulen](#)

Die Zuspitzungen in der europäischen Abschottungspolitik müssen ebenso im Kontext sich verschärfender inter-imperialistischer Spannungen verstanden werden: Es ist zu erwarten, dass durch Unwetterkatastrophen, neue Kriege und knapper werdende Ressourcen neue Fluchtbewegungen bisher ungekannte Ausmaße annehmen werden.

5 Um den Fliehenden den Zugang ins eigene Land zu versperren, werden an den Außengrenzen Orte der Gewalt errichtet, an denen systematisch und alltäglich grundlegende Menschenrechte verletzt sowie Völkerrecht und europäisches Recht gebrochen werden. Damit einher geht die Stigmatisierung und Kriminalisierung der Flüchtenden und all derjenigen, die sich dagegen engagieren, und die Aufforderung an

10 die Breite der Bevölkerung, sich an diese Zustände zu gewöhnen. Abschottung nach außen und rechtsautoritäre Formierung nach innen bedingen und verstärken sich jedoch ebenso gegenseitig. Wenn die Rechte Schutzsuchender de facto abgeschafft werden, wird damit ein neuer »Grundpfeiler einer autoritären Gesellschaftsordnung«<sup>8</sup> errichtet. Die Entmenschlichung, der zunächst Schutzsuchende an den Außengrenzen

15 ausgesetzt sind, kann sich schnell auf marginalisierte Menschengruppen im Inneren ausweiten und von dort immer breitere Schichten erfassen. In diesem Licht sind auch die Bemühungen zu verstehen, den Entzug von Aufenthaltstiteln bis hin zu Staatsbürgerschaften als neue Repressionsmittel auszuweiten. Die mit der GEAS-Reform verbundenen Asylrechtsverschärfungen stellen insofern eine Veränderung dar, die die

20 Demokratie langfristig bedroht und Grundrechte insgesamt infrage stellt.

### **Die Universität im Blickfeld eines autoritär-repressiven Umbaus**

Über die vergangenen Monate haben wir auch an den Universitäten eine massive Zuspitzung der Repressionen erlebt. Im Kontext der Unterdrückung einer erstarkenden Palästina-solidarischen Studierendenbewegung führen verstärkte Eingriffe der

25 Exekutive, Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit und der akademischen Unabhängigkeit sowie massive Angriffe auf studentischen Protest zu einer autoritär-repressiven Wende an unseren Universitäten. Während sich die Zunahme an Repressionen einerseits in eine gesamtgesellschaftliche Tendenz einordnet, wird andererseits die Universität spezifisch als Ort der kritischen Lehre, Diskussion und

30 Intervention angegriffen. Im Kontext eines allgemeinen autoritären Umbaus sind die Hochschulen eines der wichtigsten Kampffelder. Sie sind auch heute noch - zumindest in den Teilbereichen, die noch nicht vollends den Kriterien marktwirtschaftlicher und militärischer Nutzbarmachung untergeordnet sind - Orte der gewaltfreien Auseinandersetzung, des kritischen Einspruchs, der Dissidenz und sind damit dem

35 Projekt einer Intensivierung zwangsbasierter Herrschaft diametral entgegengesetzt. Insbesondere die universitären Protestcamps der vergangenen Wochen wurden international wie in Deutschland zu Hauptaustragungsorten der Bewegung und rückten damit die Universitäten erneut in den Fokus politischer Entscheidungsträger\*innen, diffamierender Hetzkampagnen und autoritärer Eingriffe. An der Universität wird ein

---

<sup>8</sup> [Clara Bünger und Bernd Kasperek im Gespräch: Die GEAS-Reform als Kipppunkt?](#)



Kampf um die Hegemonie geführt, die zugunsten der Staatsräson ausgerichtet werden soll.

### »Versicherheitlichung«, Wissenschaftsfreiheit und studentischer Protest

5 Dabei hat sich eine Entwicklung als charakteristisch abgezeichnet, die vielfach als »Versicherheitlichung«<sup>9</sup> des Diskurses bezeichnet wird. Administrative Eingriffe und gewaltsame Polizeieinsätze ersetzen hierbei die demokratische Wissens- und Willensbildung an den Universitäten und behindern dadurch auch die Rolle der Universität als kritisches Korrektiv gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. 10 Rechtswidrige Räumungen unter Anwendung massiver Polizeigewalt, erschreckende Eingriffe in die Hochschulautonomie durch die Politik oder auch die Verbote bestimmter Parolen, Kundgebungen und Veranstaltungen durch die Exekutive sind hierbei beispielhaft.

Diese Tendenz wird durch Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit verstärkt. Ausdruck finden diese in wiederholten Einschüchterungsversuchen und Diskreditierungen von 15 Dozierenden und gesamten Instituten oder Denkrichtungen, deren Ziel es ist, unliebsame Wissenschaftler\*innen, die sich kritisch zum Gegenwartsgeschehen positionieren, stumm zu schalten. Verbunden mit den Versuchen, öffentliche Förderung an umstrittene Antisemitismusklauseln zu knüpfen und nicht zuletzt durch die verstärkte Bekämpfung der Zivilklauseln im Rahmen der ausgerufenen »Zeitenwende« - 20 welche der Entwicklung militärischer Technologien für die deutsche Aufrüstung Platz machen soll - verdeutlichen sie die Relevanz der Universitäten in den aktuellen Auseinandersetzungen.

Weitergehend lassen sich auch Angriffe auf die Autonomie der Universitäten beobachten, wie beispielsweise in Bayern, wo Universitäten zu einer Kooperation mit 25 der Bundeswehr verpflichtet werden sollen, um dem deutschen Militarismus zu gestatten, die Universitäten zu erschließen; oder an der Humboldt-Universität in Berlin, wo der CDU-geführte Senat entgegen des Willens des Uni-Präsidiums ein besetztes Institut gewaltsam durch die Polizei räumen ließ. Insbesondere der letzte Aspekt zeigt über die Bekämpfung der Palästina-Solidarität hinaus das Interesse auf, die 30 Universitäten in die Militarisierung der Gesellschaft einzubinden und hierfür einschneidende Veränderungen durchzusetzen.

Eine dieser einschneidenden Veränderungen stellt die Verschärfung der Hochschulgesetze dar. Durch die (Wieder-)Einführungen des Ordnungsrechts und der damit teils verbundenen Möglichkeit zu politisch motivierten Zwangsexmatrikulationen, 35 wird studentischer Protest maßgeblich und auf Dauer an den Universitäten

---

<sup>9</sup> Theresa Koloma Beck, Robin Celikates, Kai Koddenbrock: [Die Räumung der Protestcamps an Universitäten ebnet den Weg zum Autoritarismus](#)

eingeschränkt<sup>10</sup>. Allein durch den Abschreckungscharakter durch die mit einer Zwangsexmatrikulation weitreichenden Auswirkungen auf Aufenthalt, finanzielle Absicherung und Zukunftsgestaltung ist hier von fatalen Konsequenzen für derzeitige und künftige Proteste gegen Krieg, Klimakrise und Faschismus zu rechnen.

## 5 Was tun?

### **Der SDS als Motor breiter Allianzen am Campus**

Als SDS ist für uns klar: Die derzeitigen Repressionen und Eingriffe an den Universitäten sind ein Angriff auf uns alle – auch, wenn sie uns derzeit unterschiedlich betreffen. Was derzeit gezielt gegen die Palästina-Solidarität »erprobt« wird, wird in Zukunft auf andere Proteste, Themen und Forschungsbereiche ausgeweitet. In der öffentlichen Debatte erfahren die Entwicklungen auf dem Campus aktuell stärkere Aufmerksamkeit denn je, diese gilt es als SDS jetzt zu nutzen, um breite progressive Allianzen unter Studierenden aufzubauen, die gemeinsam mit Dozierenden und anderen Universitätsangehörigen den Kampf gegen die »autoritäre Wende [...] als Krisen- und Übergangsphänomen«<sup>11</sup> erfolgreich aufnehmen. Erste sich im Aufbau befindende Allianzen zwischen Dozierenden und Studierenden wie in Berlin stellen dabei Hoffnungspunkte dar, die es nun zu verallgemeinern gilt. Dank unserer guten Vernetzung in die Studierendenschaft und studentischen Gremien sowie unserer breiten inhaltlichen Arbeit sind wir als SDS zentraler Akteur, um Vernetzungen voranzubringen und die Verbindungen zwischen Repression, Krieg und autoritärer Wende aufzuzeigen. Ein wichtiger Bestandteil dieser Auseinandersetzung müssen Forderungen zur Demokratisierung der Universität sein, die insbesondere den Studierenden mehr Mitbestimmung und Einflussnahme zusichern, und so autoritären Bestrebungen eine entscheidende Grundlage nehmen. Durch das Thema der Repression eröffnen sich zudem neue Möglichkeiten, um nicht nur über Palästina zu sprechen, sondern auch die Palästina-Solidaritätsbewegung zu verbreitern, indem wir Allianzen gegen die ausgreifende Repression und Polizeigewalt am Campus sowie gegen die Einschränkungsvorhaben der Wissenschaftsfreiheit bilden. Die Palästinasolidaritätsbewegung bietet das Potential, mit breiten Teilen der Studierendenschaft eine neue Antikriegsbewegung am Campus aufzubauen.

### **Den Kampf gegen den Faschismus selbst in die Hand nehmen!**

Die Normalisierung der AfD und der voranschreitende Rechtsruck in der Gesellschaft machen auch vor den Universitäten nicht Halt: Mit Verweis auf das Neutralitätsgebot versuchen Uni-Leitungen zunehmend, Anti-AfD-Protest zu unterbinden, während rechte Professor\*innen unhinterfragt lehren dürfen. Die Universitäten in ihrer derzeitigen Form sind als Institutionen kein verlässlicher Teil der Brandmauer gegen Rechts - umso mehr

---

<sup>10</sup> Simin Jawabreh: [Gesinnungspolitik gegen linke Studierende](#)

<sup>11</sup> Siehe Koloma Beck, Celikates und Koddenbrock.

sind wir gefragt, durch studentischen Druck dafür zu sorgen, dass die Universitäten ihrer antifaschistischen Verantwortung nachkommen. Im Rahmen unseres *Antifaschistischen Sommersemesters* finden bereits an etlichen Universitäten Veranstaltungen und Aktionen statt, um genau dies umzusetzen. Einige SDS-Gruppen sind zudem maßgeblich am Aufbau von Studis gegen Rechts-Gruppen beteiligt: Es ist uns gelungen, einen Anlaufpunkt am Campus zu schaffen, an dem verschiedene Gruppen, aber in erster Linie unorganisierte, politisch unerfahrene Studierende zusammenkommen, um gegen Rechts aktiv zu werden. Studis gegen Rechts bietet uns damit eine wichtige Plattform, um Ursachen des Rechtsrucks und linke Gegenstrategien mit zuvor unpolitischen Studis ernsthaft zu diskutieren, einen linken Aktivenkreis an den Hochschulen aufzubauen und den antifaschistischen Grundkonsens am Campus und unter den Studierenden zu verteidigen.

Der Widerspruch zwischen Selbstverharmlosung und Radikalisierung innerhalb der AfD wurde maßgeblich durch den Druck, den die Massenproteste ausübten, zutage befördert. Die Bewegung auf den Straßen hat zudem dazu beigetragen, dass die AfD in Umfragen seit Jahresbeginn fast ein Drittel ihrer potenziellen Wählerschaft verloren hat. Jetzt kommt es darauf an, diesen Druck aufrechtzuerhalten und zu erhöhen. Darum wollen wir den Bundesparteitag der AfD Ende Juni in Essen zum Anlass nehmen, uns der AfD massenhaft zu widersetzen, und damit ein klares Zeichen auszusenden, dass die AfD keine Partei wie jede andere ist. Gemeinsam mit Kolleg\*innen, Aktivist\*innen und breiten Teilen der Zivilgesellschaft - mit mindestens 10.000 Widersetzer\*innen - haben wir die Chance, den faschistischen Charakter der AfD in der Konfrontation offenzulegen, ein neues Bild der antifaschistischen Bewegung zu prägen und der AfD die Räume, in denen sie ihre rassistische und menschenfeindliche Ideologie verbreiten will, streitig zu machen, indem wir den Parteitag tatsächlich verhindern. Als Sozialist\*innen wissen wir, dass wir uns im Kampf gegen den Faschismus nicht auf den Staat verlassen können. Deswegen nehmen wir es selbst in die Hand und verhindern die AfD einfach selbst!

Um den Faschismus zu bekämpfen, brauchen wir breite Bündnisse, auch mit den linksliberalen Parteien - das ist eine der zentralen Lehren aus 1933 und der Weimarer Republik. Die AfD ist bereits viel stärker und verankerter als all ihre neofaschistischen Vorgängerparteien. Mit Blick auf die aktuellen Kräfteverhältnisse braucht es jetzt einen offensiven Antifaschismus, der in allererster Linie darauf abzielt, dem fortschreitenden Aufstieg der extremen Rechten Einhalt zu gebieten - im besten Fall mit einer starken Linken an der Spitze, aber in Bündnissen, die offen sind für alle, die den Faschismus stoppen wollen.

Uns ist bewusst, dass der Kapitalismus den Aufstieg der Rechten überhaupt erst ermöglichte und in seiner aktuellen Krise das Potential hat, erneut die Barbarei des Faschismus zu produzieren. Die Faschisten sind immer dann stark, wenn die Linke nicht mehr in der Lage ist, den Ausgebeuteten, Unterdrückten und Vergessenen eine Heimat zu bieten. Wirksamer Antifaschismus muss an die Wurzeln gehen. Es reicht nicht, die AfD zum Tabu zu machen. Wir müssen die Verhältnisse, die die AfD hervorbringen, zum Tabu machen. Die Verhältnisse hierzulande sind von einer Krise des deutschen

Imperialismus beherrscht. Die sich verändernde ökonomische und politisch-militärische Weltlage nahm die Ampel-Regierung zum Anlass, den länger geplanten Militarismus, Sozialabbau und autoritären Staatsumbau voranzutreiben. Es sind diese Verhältnisse, die den Aufstieg der AfD begünstigen und denen wir daher offensiv den Kampf ansagen müssen.

An den Hochschulen kämpfen wir für unsere studentischen Interessen gegen den von der Ampel vorangetriebenen Sozialabbau in Form von Unterfinanzierung von Hochschulen, Studierendenwerken und BAföG, die eine Privatisierung der Studienfinanzierung bedeuten. Nur die Aufstockung der staatlichen Grundfinanzierung der Hochschulen und Studierendenwerke sowie ein BAföG für Alle bieten Wissenschaftler\*innen und Studierenden die materielle Voraussetzung, um frei von Existenzängsten und selbstbestimmt forschen und lernen zu können. Wo dies nicht möglich ist, führt der ökonomische Zwang (Armut trotz Nebenjobs) Studierende zu Frustration und Vereinzelung, die den Nährboden für reaktionäre Verarbeitung bieten, wenn linke Alternativen fehlen.

Wir kämpfen weiterhin als Studierende um die Hochschulen als Orte der Wissens- und Ideologieproduktion. In Zeiten der Zuspitzung grundsätzlich kapitalistischer Widersprüche (technologische Möglichkeiten und die Fesseln der Gesellschaftsverhältnisse) sowie historisch konkreter Entwicklungen (Niedergang der US-Hegemonie) greifen wir wissenschaftspolitisch ein. Gegen Aufrüstung und Kriegsertüchtigung, den Abbau demokratischer Errungenschaften, die ökonomische Knechtung und Spaltung der Lohnabhängigen erheben wir unsere Stimme. Das bedeutet, wir arbeiten praktisch in Seminaren, am Campus, in Fachschaften, Studierendenparlamenten/-räten u.v.m. an der demokratischen Veränderung der wissenschaftspolitischen Kräfteverhältnisse im Inneren und der sozialen Öffnung der Hochschulen für Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Gerade vor dem Hintergrund der bereits rasenden Kriege in Nahost und Ukraine sowie der sich anbahnenden Kriege mit Russland und China ist mehr denn je geboten: Wissenschaft für den Frieden, Völkerverständigung und sozial-ökologischen Fortschritt!

### **Um die Linke kämpfen**

Die Krisen unserer Zeit verlangen nach radikalen Antworten, nach dem Aufbau von Klassenmacht - denn die arbeitende Klasse ist nicht eine Kraft unter vielen im Aufbau von Gegenmacht, sondern sie ist die Kraft, die die Verhältnisse über Bord werfen kann. Für den Aufbau dieser Macht, als Organisationsort der arbeitenden Klasse, brauchen wir eine sozialistische Partei. Die Linke ist aktuell in vielen Fragen weit davon entfernt, diese Partei zu sein - aber sie ist die einzige Kraft, die es werden kann. Deswegen wollen wir als Studierendenverband der Linken die Linke nicht abschreiben, sondern in den kommenden 15 Monaten, die für sie entscheidend sind, entschlossen um sie kämpfen.

Das bedeutet einerseits, innerparteilich um eine sozialistische Ausrichtung der Linken zu ringen. Aktuell gibt es ein Zeitfenster, in welchem sich innerhalb der Linken viel bewegt - einiges davon in gute, vielversprechende Richtungen (zum Beispiel die Einsicht, dass es notwendig ist, aktiv die Leute aufzusuchen, die die Linke nicht mehr wählen oder für die

5 Wählen noch nie eine Option war, oder auch Bestrebungen hin zu Mandatsabgaben und Sozialsprechstunden); anderes bewegt sich viel zu wenig oder viel zu langsam, gerade in Hinblick auf Fragen von Krieg und Frieden sowie Palästina-Solidarität. Dort wollen wir uns einmischen und um eine marxistische, antiimperialistische Ausrichtung der Linken ringen. Als linker Richtungsverband müssen wir unsere Rolle als radikaler Teil der Partei

10 wahrnehmen: Es ist unsere Aufgabe, die Linke mit bundesweiten Projekten oder Beschlüssen zu treiben. Gleichzeitig wird Politik an der Basis und nicht in erster Linie in Parteigremien gemacht. Es gilt also vor Ort die Partei, die wir brauchen und wollen, selbst aufzubauen - in aktiven Mitgliedertreffen, inhaltlichen Veranstaltungen, Aktionen, und als Teil von Kämpfen.

15 Um die Linke kämpfen bedeutet jedoch auch, in der Gesellschaft um ihren Erhalt und für ihre Zukunft zu kämpfen. Die gesamte gesellschaftliche Linke läuft Gefahr, auf ein niedrigeres Niveau zurückzufallen, wenn es die Linke nicht mehr gibt. Aber wir kämpfen auch um mehr als nur eine Idee: 50.000 Mitglieder, fast ein Zehntel davon, das erst in den letzten Monaten eingetreten ist, mit der Absicht, die Linke zu retten; eine wichtige

20 programmatische Grundlage in Form des Erfurter Programms; unzählige Jahre Erfahrung in Kämpfen und Auseinandersetzungen, aber auch Wissen über die Widrigkeiten und das Leid im kapitalistischen Alltag; und ein Ort als Sammelbecken für Kolleg\*innen, Nachbar\*innen, Aktivist\*innen, und alle, die an eine grundlegend andere Welt glauben. Damit dieses Projekt eine Zukunft hat, kommt es in den kommenden

25 Monaten auf jede\*n Einzelne\*n von uns an mit anzupacken.

Wir fangen diesen Sommer in Leipzig damit an: Mit der Kandidatur von unserem Ex-SDS-Genossen Nam Duy und der Kampagne »Zeit, dass sich was dreht« können wir vormachen, wie wir uns eine rebellische, antikapitalistische, antirassistische Linke vorstellen - und wie eine parteipolitische Praxis im Viertel, für und mit den Menschen,

30 konkret aussehen kann.

Als Studierendenverband ist es unsere Aufgabe, in den kommenden Monaten noch viel mehr zum Sammelpunkt für ein studentisches und aktivistisches Milieu zu werden. In den Bewegungen der letzten Jahre haben sich unzählige junge Leute radikalisiert, ein neues Klassenbewusstsein entdeckt und wollen die Welt, so wie sie ist, nicht länger

35 hinnehmen. Wir wollen diese Generation einladen, mit uns in der Gesellschaft für den Erhalt einer linken parlamentarischen Kraft und innerhalb der Linken um eine echte sozialistische Perspektive, wie sie die Zeiten erfordern, zu kämpfen. Für uns als Studierendenverband heißt das nicht nur, dass wir gemeinsam mit unseren Kommiliton\*innen für studentische Interessen und die Interessen der Jugend kämpfen,

40 sondern darüber hinaus auch Teil des wissenschaftlichen Arms der Partei sein sollten. Unsere Kämpfe zur Veränderung der Hochschule sind immer Teil eines Kampfes zur Veränderung der Gesamtgesellschaft. Eine sozialistische Partei ohne wissenschaftlichen

Sozialismus hat keine Perspektive. Gemeinsam mit unseren Parteigenoss\*innen bringen wir Licht ins Dunkeln der kapitalistischen Barbarei.

**»Was wir brauchen ist Nüchternheit: einen Pessimismus des Verstandes, einen Optimismus des Willens.«** - Antonio Gramsci

- 5 In krisengetriebenen und kriegerischen Zeiten dürfen wir den Blick für die erfolgreichen Kämpfe, die wir als SDS, als Partei Die Linke und als gesellschaftliche Linke führen, nicht verlieren: Die Palästinasolidaritätsbewegung zeigt die Potentiale einer breiten Allianz gegen Krieg und Repression, eine neue Generation erprobt sich im Rahmen des Climate-Labour-Turns in einer echten Klassenpolitik und die massiven Angriffe auf den
- 10 Sozialstaat lassen einen Aufschwung der Arbeits- und Klassenkämpfe endlich wiederkehren.

- Unsere Verankerung an den Universitäten wird jetzt gebraucht und somit auch auf die Probe gestellt. Auf dem Campus wird derzeit eine zentrale Schlacht gegen neue Formen des autoritären und repressiven Regierens geschlagen, und wir können an vorderster
- 15 Front eine entscheidende Rolle spielen. Wir haben also nicht nur viel zu tun, sondern auch viel zu gewinnen - eine Welt zu gewinnen. Gehen wir es an!

## **A2 Gemeinsam Verantwortung übernehmen, lokal und mit gutem Handwerkszeug**

Wir rufen alle Ortsgruppen dazu auf, sich verstärkt mit dem Umgang mit sexistischer  
5 und sexualisierter Gewalt zu beschäftigen. Das kann z.B. passieren durch:

1. eine kritische Auseinandersetzung im Plenum mit dem Themenkomplex, min. einmal  
pro Semester
2. den Aufbau von Awarenessstrukturen auf lokaler Ebene und die Entwicklung eines  
10 auf die eigene Ortsgruppe angepasstes Awarenessskonzept (z.B. auf Grundlage eines  
bundesweiten oder verschiedener bereits bestehender lokaler Entwürfe)
3. Teilnahme an einer Online-Schulung zu sozialistischer Awarenessarbeit.

Der Bundesverband stellt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein Budget für  
Referent\*innen für eine Online-Schulung zum Thema 'Awareness für Sozialist\*innen'  
(o.ä.) zur Verfügung. Der Bundesvorstand, die Antragssteller\*innen und weitere  
15 Interessierte kümmern sich um die Organisation einer solchen Schulung. Diese soll in  
Übereinstimmung mit den Grundsätzen unseres Leitfadens dazu befähigen, auf  
Ortsgruppen- und Bundesebene Awarenessarbeit zu übernehmen.

## **A3 Gegen Krieg, Genozid und Repression! - Was tun als SDS an den Universitäten?**

5 Die Palästina-Solidarität am Campus ist wichtiger denn je. Mit dem fortlaufenden  
Genozid in Gaza und den immensen Zuspitzungen in der Region braucht es unter allen  
Umständen einen sofortigen Waffenstillstand und ein Ende von Besatzung, Apartheid  
und Unterdrückung für die Palästinenser:innen vor Ort. Zeitgleich spitzt sich die Lage in  
10 (theoretischen) Grundfesten einer demokratischen Staatsordnung. Auch und  
insbesondere die Universitäten stehen hier im Fokus eines autoritären Umbaus. Die  
vergangenen Monate haben gezeigt, dass die Universitäten eine zentrale Rolle sowohl  
für die Palästina-Solidaritätsbewegung, als auch im Kampf gegen die Repressionen  
einnehmen. Somit liegt es auch an uns als SDS, diese Kämpfe am Campus zu stärken.  
15 Aus diesem Grund soll in diesem Antrag ein Versuch unternommen werden, unsere  
bisherige Praxis zu reflektieren und die zukünftige Arbeit zu diskutieren.

### **Fortlaufender Genozid und Scholastizid in Gaza**

20 Seit über acht Monaten findet in Gaza unter deutscher Beihilfe ein Völkermord statt. Seit  
dem 7. Oktober hat die israelische Armee im Gazastreifen über 37.000  
Palästinenser:innen getötet<sup>[1]</sup>, darunter über 15.000 Kinder<sup>[2]</sup>. Auch Journalist:innen,  
humanitäre Hilfsmitarbeiter:innen und medizinisches Personal werden regelmäßig  
gezielt von der IDF angegriffen. Durch die Blockade des Gazastreifens und die aktive  
25 Blockierung von Hilfsgütern durch die IDF und israelische Siedler sind darüber hinaus  
etwa 1,1 Millionen Palästinenser:innen akut vom Hungertod bedroht<sup>[3]</sup>. Vor dem  
Hintergrund der mit der seit Jahrzehnten durch israelische Politiker:innen propagierten  
Entmenschlichung der Palästinenser:innen und der jahrzehntelangen Geschichte von  
Apartheid, ethnischen Säuberungen und Massakern wird offensichtlich, dass es sich  
30 hierbei nicht um "Selbstverteidigung" oder einen Kampf gegen die Hamas, sondern um  
eine Fortführung der Nakba und einen Genozid handelt.

Im Zuge des fortlaufenden Genozids in Gaza werden wir auch zu Zeug:innen eines  
Scholastizids. So sprach die UN bereits vor über zwei Monaten von der "systematische[n]  
Auslöschung des Bildungswesens durch die Verhaftung, Inhaftierung oder Ermordung  
35 von Lehrenden, Studierenden und Mitarbeiter:innen sowie die Zerstörung der  
Bildungsinfrastruktur"<sup>[4]</sup>. Allein in den ersten sechs Monaten waren unter den Opfern  
auch über 5.479 Studierende, 261 Lehrer:innen und 95 Professor:innen. Weitere  
Tausende wurden durch das israelische Militär verletzt. Und während über 620.000  
Schüler:innen seit Anfang November ihr Recht auf Bildung durch den Krieg genommen  
40 wurde, zerstörte das israelische Militär bereits Mitte Januar die letzten Universitäten in



Gaza<sup>[5]</sup>. Auch zahlreiche Denkmäler, Kulturstätten und Gebetshäuser sowie über 140.000 Wohnungen wurden seit Beginn der israelischen Offensive zerstört - mit dem Ergebnis einer fast vollständigen Auslöschung der materiellen palästinensischen Kultur und Geschichte vor Ort.

5

Während sich Spanien vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) Südafrikas Genozid-Klage anschließt<sup>[6]</sup> und der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs einen Haftbefehl gegen Benjamin Netanyahu veranlasst<sup>[7]</sup>, bleibt die deutsche Bundesregierung ihrer unkritisch pro-israelischen Linie treu. Die deutsche Staatsräson drückt sich dabei sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch aus. Als Israels zweitgrößter Waffenlieferant beteiligt sich Deutschland aktiv am Genozid gegen die Palästinenser:innen – der Spruch: „Deutschland finanziert, Israel bombardiert“ bringt es auf den Punkt. Hinzu kommt die wirtschaftliche und politisch-diplomatische Unterstützung. Nach innen zeigt sich Deutschlands bedingungslose Unterstützung Israels nicht zuletzt an den Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung und der katastrophalen Berichterstattung deutscher Leitmedien. Während einerseits palästinensische Stimmen und Kritik an der israelischen Regierung fortlaufend als antisemitisch diffamiert und aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen werden, dienen IDF-Statements und Pressemitteilungen der israelischen Regierung andererseits als vermeintlich sichere Quellen, denen es zu vertrauen gilt.

20

### **Doppelter Rechtsruck, Autoritarismus und Repressionen an den Unis**

Sowohl gegen die Lage in Gaza als auch gegen die deutsche Beteiligung daran regt sich seit Monaten Protest. Von Beginn an haben die Universitäten einen zentralen Ort der Organisierung dargestellt; zunehmend werden sie zum Kampffeld an sich.

25

Bereits seit Oktober, an manchen Orten früher, an anderen später, haben sich bundesweit zahlreiche Students for Palestine-Gruppen an den Hochschulen gegründet. Auch wir als SDS sind einer der wenigen hochschulpolitischen Akteure, die sich Palästina-solidarisch positionieren. Die Universitäten sind als Bildungs- und Versammlungsort vor allem junger Menschen ein zentraler Raum, um eine notwendige Gegenerzählung zu der Mainstream-Berichterstattung zur Lage in Gaza sowie den Hintergründen des Krieges/Völkermordes voranzubringen. Zugleich sind auch die Universitäten zunehmend in eine gesamtgesellschaftliche Aufrüstung involviert – Palästina-solidarische Gruppierungen wollen auch diesen Zusammenhang aufzeigen und ankreiden: Forschung für die Rüstung? Bundeswehr und Polizei an den Hochschulen? Abschaffung von Zivilklauseln? Nein, danke!

35

Im globalen Vergleich hängt Deutschland jedoch sowohl in Bezug auf kritische Forschung und Lehre rund um das Thema Palästina, als auch mit Blick auf studentischen Protest gegen den Genozid hinterher. So protestierten bereits im Oktober über 1.000

Studierende an der Harvard University in Solidarität mit Palästina<sup>[8]</sup>. Allein in den USA kam es seit der Besetzung der Columbia-Universität Mitte April zu über 200 Protestcamps, deren dringlichsten Forderungen eine sofortige Waffenruhe, das Ende der US-amerikanischen militärischen, politischen und diplomatischen Unterstützung der israelischen Regierung sowie unterschiedliche Boykottforderungen sind<sup>[9]</sup>. Beobachter:innen sprechen hierbei von der größten Studierendenbewegung seit den 68ern<sup>[10]</sup>. Doch auch in Deutschland hat die studentische Palästina-Solidaritätsbewegung durch die Protestcamps, unter anderem in Berlin, Frankfurt am Main, München, Bremen, Bonn und Leipzig an neuer Dynamik gewonnen.

- 10 Palästina-solidarischer Protest und kritische Wissenschaft stehen allerdings zunehmend unter Druck. Sei es die erhöhte Polizeipräsenz sowie Polizeigewalt gegen Aktivist:innen, gewaltvolle Räumungen und Strafanzeigen; seien es die Raumverbote für Veranstaltungen, die sich kritisch mit der Geschichte Palästinas und Israels auseinandersetzen wollen, der Entzug von (Gast-)Professuren wie z.B. der von Nancy  
15 Fraser von der Uni Köln oder die Verschärfungen der Hochschulgesetze, die politisch aktive Studierende als Ganzes angreifen.

Diese autoritären Entwicklungen sind nichts komplett Neues: Die Aufrüstung nach außen, genau wie die Militarisierung nach innen (der Sprache, der Wissenschaft etc.) werden seit dem russischen Angriff auf die Ukraine zunehmend zur „Normalität“. Auch  
20 eine zunehmende Polarisierung zeichnet sich ab, die schon im Fall des Ukraine-Kriegs, als auch bei Palästina, Forderungen nach einem Waffenstillstand zunehmend stigmatisiert und damit die Aufrüstung und Versicherheitlichung nach innen und außen begründet. Die Repressionen gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung können deswegen nicht losgelöst betrachtet werden von einem Autoritarismus, der sich gegen  
25 so gut wie alle Friedensbewegten oder jene, die eine „liberale Demokratie“ nicht mit Waffen verteidigen wollen, richtet. Im Zuge der sogenannten „Zeitenwende“ erleben wir einen doppelten Rechtsruck: Auch, wenn sich die Ampel-Regierung in vielen Politiken und Diskursverschiebungen durchaus von der - sich zunehmend radikalisierenden - AfD nach rechts treiben lässt, kann man  
30 die Autoritarisierung der Gesellschaft nicht *nur* ausgehend von einer im Kern faschistischen und erstarkenden Partei erklären. Vielmehr müssen Verschiebungen in den globalen Machtverhältnissen als auch die Klimakrise als Faktoren hinzugezogen werden, die die herrschende Klasse zu einem zunehmend verschärften Durchgreifen bringt.

- 35 Dies trifft zur Zeit besonders als muslimisch oder arabisch gelesene Menschen oder palästina-solidarische Stimmen – legitimiert durch die Motivation, „gegen jeden Antisemitismus“ vorzugehen. Wir erleben aber bereits, dass die Repressionen und Einschränkungen von Freiheitsrechten nicht auf diese Gruppen beschränkt bleiben. Der Ausspruch „we are all palestinians“ versucht, diese Brücke deutlich zu machen: Der

herrschenden Klasse geht es nicht allein darum, Palästinenser:innen zu diffamieren und pauschal als Antisemit:innen zu diskreditieren; es geht vielmehr darum, die gesamte Linke zu schwächen.

## **Schlaglichter vergangener und zukünftiger SDS-Praxis**

5 Als SDS haben wir in den vergangenen Monaten zum Kampf gegen den fortlaufenden Genozid und den Hintergründen des Konflikts gearbeitet. Mit den zunehmenden  
Repressionen an den Universitäten, dem erstarkenden, vor allem antimuslimischen  
Rassismus in der Gesellschaft und den autoritären Angriffen auf weite Teile  
10 demokratischer Freiheitsrechte sind die Zuspitzungen in Deutschland zu einem weiteren  
Schwerpunkt für uns geworden. In den kommenden Absätzen möchten wir deshalb mit  
Blick auf die Rolle des SDS, die Verbindung von Palästina-Solidarität mit dem Kampf  
gegen Rechts, Herausforderungen am Campus und Zusammenarbeit mit der Linken  
unsere bisherige Praxis reflektieren und zukünftige Arbeit diskutieren.

### **I. Die Rolle des SDS: Radikale Spitze vs. Verbreiterung der Bewegung**

15 Mit den sich zuspitzenden Repressionen öffnen sich derzeit zumindest punktuell  
Möglichkeitenfenster für eine Verbreiterung der Bewegung und neue Dynamiken am  
Campus. Viele unserer Kommiliton:innen, die bislang nicht Teil der Palästina-  
Solidaritätsbewegung waren, erleben den Kampf um die Hegemonie an den  
20 Universitäten nun selbst: Sie beobachten die brutalen Räumungen und die zunehmende  
Polizeipräsenz am Campus, sind selbst von Gesetzesverschärfungen und pauschalen  
Kriminalisierungen betroffen oder bekommen die Hetzkampagnen gegen ihre  
Dozierenden mit. Die seit Jahren laufenden Repressionen gegen die Palästina-  
solidarische Bewegung bedeuteten schon immer einen grundlegenden Angriff auf  
25 Grundrechte als solche - vor allem auf Rechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit.  
Mit der krassen Zuspitzung der vergangenen Monate ist dieser Zusammenhang nun  
auch für Personen deutlich geworden, die zuvor nicht oder nur zurückhaltend die  
Entwicklungen verfolgt haben. An den Universitäten sehen wir als Studierende darüber  
hinaus auch Uni-spezifische Errungenschaften wie die Wissenschaftsfreiheit und die  
30 Hochschulautonomie in Gänze bedroht. Der Kampf um die Deutungshoheit der  
Situation in Israel-Palästina und die bedingungslose Unterstützung Israels durch  
Deutschland ist durch die massiven Repressionen zu einem Kampf um die Verteidigung  
demokratischer Grundwerte an sich geworden - auch und insbesondere an den  
Universitäten.

35 Durch diese Ausweitung ergeben sich neue Handlungsmöglichkeiten, aber auch  
Herausforderungen für uns als SDS. Grundsätzlich bergen die Zuspitzungen am Campus  
die Möglichkeit, jetzt breite Allianzen gegen die Repressionen aufzubauen, in denen  
Palästina-solidarische Gruppen, studentische Vertretungen, aktive Hochschulgruppen

und solidarischen Studierende zusammenkommen. Hierfür muss das gemeinsame Anliegen nach vorne gestellt und über inhaltliche Differenzen hinweg zusammengearbeitet werden. Diese Notwendigkeit wird umso stärker, je breiter die angestrebte Allianz zur Verteidigung von Wissenschafts-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit an den Universitäten ist. Insbesondere in Fällen, in denen auch solidarische Dozierende und Beschäftigte des akademischen Mittelbaus Teil der Allianz sein sollen, muss eine ehrliche Diskussion unter den Palästina-solidarischen Teilen der Bewegung über gemeinsame Forderungen und Aktionsformen in der Allianz geführt werden. Dabei sollte Ziel sein, inhaltlich eine maximal linke Ausrichtung zu erreichen, eigene rote Haltelinien nicht zu überschreiten und dennoch insbesondere zu Beginn des Prozesses die Breite nicht zu verlieren. Welche konkreten Forderungen und Aktionsformen das dabei sind, ist nicht zuletzt vom Handlungskontext abhängig. Dabei spielen unter anderem die Stärke und Ausrichtung Palästina-solidarischer sowie anderer Hochschulgruppen, studentischer Gremien, aber auch Kontakte zu engagierten Dozierenden und das Agieren der Universitätsleitungen eine Rolle.

Als SDS haben wir durch oft jahrelange Arbeit am Campus viele Kontakte, sitzen in studentischen Gremien, sind im Austausch mit anderen Gruppen und haben ein Gespür für lokale Gegebenheiten. Durch unsere Arbeit zu unterschiedlichen Themengebieten und unser sozialistisches Fundament verknüpfen wir Aspekte, stellen Zusammenhänge dar und ordnen die derzeitige Situation in ein größeres Bild ein. All das kann helfen, breite Vernetzungen anzustoßen und auch in potenziell konfliktreichen Situationen zwischen unterschiedlichen Positionen zu vermitteln. Als Verband haben wir eine dezidiert Palästina-solidarische Position. Viele unserer Ortsgruppen sind derzeit vor Ort aktiv - etwa in Protesten und Vernetzungen oder mit Veranstaltungen und Bildungsangeboten. Insbesondere in "antideutsch" geprägten Städten und Gremien kann dies einer initiierenden oder vermittelnden Position des SDS in Allianzen entgegenstehen und unsere Handlungsmöglichkeiten begrenzen. Doch die letzten Wochen zeigen, dass die sich stetig zuspitzenden Situation vor Ort und die Repressionen hierzulande auch Akteure und Einzelpersonen zum Nachdenken bewegen, die sich zuvor entweder nicht oder nur zögerlich zur Situation in Gaza und in Deutschland geäußert haben. Diese gilt es für Allianzen zu gewinnen. Andere Akteure wiederum, auch das zeigten die letzten Wochen, beharren auf ihren Positionen, unterstützen autoritäre Eingriffe und verteidigen den Genozid in Gaza. Hier machen die inhaltlichen Differenzen eine Zusammenarbeit unmöglich.

## II. Verknüpfungsmöglichkeiten mit dem Kampf gegen Rechts

Während die Verbindungen einiger Themen mit unserer Palästina-solidarischen Arbeit teils sehr nahe liegen und bereits vielfach Teil unserer Praxis sind - zum Beispiel die Auseinandersetzungen um Militärforschung und Zivilklauseln an den Universitäten, aber

auch die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit, der Hochschulautonomie und den studentischen Protestmöglichkeiten am Campus -, gestaltet sich die Zusammenführung bei anderen Projekten schwieriger, obgleich sie für uns auch dort wichtig ist.

5 Auf dem vergangenen Bundeskongress haben wir unser antifaschistisches Sommersemester beschlossen. Seit Anfang des Semesters finden in zahlreichen Ortsgruppen Veranstaltungen zum antifaschistischen Kampf statt, wurden Vernetzungen gestartet oder Studis gegen Rechts-Gruppen gegründet. In vielen Ortsgruppen, die in den letzten Monaten sowohl zu Palästina als auch zum Kampf gegen Rechts gearbeitet  
10 haben, kamen Fragen auf, wie diese beiden Themen miteinander verbunden werden können. Denn für uns steht außer Frage, dass der Kampf gegen Rechts nur dann wirkungsvoll sein kann, wenn er sich der systematischen Entmenschlichung der Palästinenser:innen vor Ort, aber auch dem grassierenden antimuslimischen und anti-palästinensischen Rassismus durch den deutschen Staat, Politiker:innen und Medien mit  
15 aller Kraft entgegenstellt. Insbesondere bei den spontanen Massenmobilisierungen Anfang des Jahres wurde jedoch deutlich, dass palästinensische Stimmen und mit ihnen solidarische Menschen auch durch die deutsche Zivilgesellschaft keinen bis kaum einen Raum für ihren Protest bekommen. Auch an den Universitäten wird der Zusammenhang kaum adressiert, meist laufen Palästina-Solidarität und Kampf gegen Rechts  
20 nebeneinander her.

Doch in den vergangenen Wochen gab es in unterschiedlichen Ortsgruppen auch Versuche, beide Themen miteinander zu verbinden. Vor allem über die repressiven Eingriffe und den autoritären Umbau an den Universitäten konnten hier erste Allianzen  
25 geschlossen werden, in denen unterschiedliche Akteure, die zuvor nicht zueinander fanden, nun zusammenarbeiten. Die gemeinsame Praxis kann dabei essentiell sein, um Palästina-solidarische Akteure am Campus aus einer Isolation zu holen und ein solidarisches Umfeld um sie herum aufzubauen. Doch als dezidiert Palästina-solidarischer Verband wünschen wir uns darüber hinaus Möglichkeiten, durch die  
30 gesteigerte Aufmerksamkeit und Aktivität am Campus nun noch stärker über den Genozid in Gaza und das Recht der Palästinenser:innen auf ein Leben in Selbstbestimmung und Freiheit sprechen zu können. Ziel muss es deshalb sein, auch über die Repressionen hinaus Räume zu schaffen, in denen die Palästina-Bewegung über ihre Anliegen sprechen kann und mit mehr Menschen über die spezifischen  
35 Grundlagen der derzeitigen Repressionswelle diskutiert wird. Die Geschichte der Palästinenser:innen und die Nakba, Antisemitismus und seine Instrumentalisierung, deutsche Interessen und die Staatsräson sind nur einige Themen, über die wir am Campus noch deutlicher sprechen möchten.

### **III. Herausforderungen am Campus**

Mit den zunehmenden Repressionen am Campus bewegt sich auch unsere politische Arbeit als SDS in einem Spannungsfeld zwischen besseren Mobilisierungsmöglichkeiten und gesteigerter Aktivität einerseits und zunehmend schwierigeren Ausgangsbedingungen für die Arbeit am Campus andererseits. Insbesondere die verstetigten universitären Repression und Hindernisse wie die verschärften Hochschulgesetze, die Einführung von "Sicherheitskonzepten" zur Vergabe von Räumen oder Verbote von politischen Aktivitäten am Campus durch Universitätsleitungen stellen uns vor Herausforderungen über die Palästina-Arbeit hinaus. Über die letzten Monate kamen so zahlreiche Beispiele in unterschiedlichen Ortsgruppen zusammen: In Leipzig entzog die Universität einer studentisch organisierten Vorlesungsreihe zu Israel-Palästina die Räume, in Mainz droht die Universitätsleitung seit einer Veranstaltung zum Krieg in Gaza mit Raumentzug und Aberkennung des Gruppenstatus. In Düsseldorf wiederum musste eine Veranstaltung zur Nakba wegen eines absurden Sicherheitskonzepts abgesagt werden, an der FU in Berlin wurde selbst die Mobilisierung zu einer Veranstaltung zu den Repressionen systematisch durch die Universitätsleitung verhindert und in Köln wurde einem Genossen aufgrund von Instagram-Aktivität sogar Hausverbot erteilt. Die Liste lässt sich weiter fortführen.

Hinzukommen die Auseinandersetzungen in Gremien der verfassten Studierendenschaft, in denen SDS-Gruppen unter Beschuss stehen und auch dort in ihrer politischen Handlungsfähigkeit am Campus eingeschränkt werden sollen. Insbesondere junge Gruppen, die sich noch nicht als eigenständiger Akteur am Campus etabliert haben, oder Gruppen in besonders "antideutsch"-geprägten Kontexten sind hier oftmals besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Doch auch andere Gruppen sind aktuell gezwungen, viel Zeit und Ressourcen in die Abwehr von Angriffen und Repressionen zu stecken. Positivbeispiele lassen sich nicht zuletzt dort finden, wo statt zusätzlicher Angriffe beispielsweise Asten und studentische Gremien Unterstützung und Rückendeckung bieten.

#### 30 **IV. Zusammenarbeit mit der Linken**

Die Zusammenarbeit mit der Linken zum Thema Israel-Palästina unterschied sich in den vergangenen Monaten sehr stark unter den Ortsgruppen. Von keiner Zusammenarbeit oder sogar aktiver Gegenarbeit durch Linke-Mitglieder und -Strukturen, gab es auch zaghafte Versuche zusammenzuarbeiten oder auch gemeinsam organisierte Veranstaltungen und Demo-Besuche. Insbesondere dort, wo (Ex-)SDS-Mitglieder Teil der Linke-Strukturen sind, die Kommunikationswege kurz sind oder die Linke vor Ort selbst Räume für Palästina-Solidarität schafft, gab es Positivbeispiele. So konnten in Berlin zusammen mit der Linken-Neukölln Demonstrationen besucht und inhaltlich zusammengearbeitet werden und durch andere Teile der Berliner Linken wurde parlamentarisch der Kampf gegen die Repressionen an den Universitäten unterstützt.

Auch in anderen Ortsgruppen, etwa in Stuttgart, war eine gute Zusammenarbeit möglich. Doch in den vergangenen Monaten gab es auch Beispiele, in denen Teile der Linken aktiv gegen den SDS gearbeitet haben. Im Sächsischen Landtag haben so auch Linke-Abgeordnete eine stärkere Überwachung "antisemitischer und/oder antizionistischer Gruppen an den Hochschulen" gefordert und die verstärkten Repressionen befürwortet.

### **Wie weiter?**

Die derzeitige Arbeit am Campus ist herausfordernd. Nicht zuletzt die Repressionen und autoritären Eingriffe behindern auch unsere Arbeit als SDS. Dennoch lohnt es sich zu kämpfen: Erste Entwicklungen hin zu breiteren Allianzen - teils unter Einschluss von Dozierenden - und Verknüpfungen mit anderen Themen wie dem Kampf gegen Rechts geben Hoffnung darauf, dass der Kampf für ein freies Palästina und gegen die fortlaufenden Repressionen auch am Campus die dringend benötigte Stärke entfalten kann. Der SDS kann hier die Funktion eines Scharniers zwischen unterschiedlichen Themen und Akteuren einnehmen und durch seine kontinuierliche Arbeit am Campus und die breitere Einordnung der derzeitigen Entwicklungen eine wichtige Rolle spielen. Der lokale Kontext ist jedoch für die Praxis vor Ort entscheidend.

Als SDS muss es uns jetzt darum gehen, unsere bundesweite Aufstellung noch stärker dafür zu nutzen, Erfahrungen zu teilen und über relevante Punkte wie die Rolle des SDS, den Umgang mit Repressionen und Herausforderungen am Campus und die Zusammenarbeit mit der Linken zu sprechen und zu diskutieren. Uns ist bewusst, dass es hierfür sowohl die Bundesebene als auch die Initiative von Genoss:innen vor Ort braucht. Zeitgleich denken wir, dass es hierfür auch eine Reflektion der bis dato genutzten Strukturen benötigt.

Neben stärkerem Austausch sehen wir auch die Notwendigkeit für Konzepte zum Umgang mit künftigen Repressionen und einer Anlaufstelle, die die Genoss:innen vor Ort unterstützt. Hier besteht der Wunsch, dass Teile des neuen Bundesvorstands die Ausarbeitung des Konzepts koordinieren. Als Studierendenverband haben wir zudem oftmals eine hohe Fluktuation unserer Mitglieder, was bedeutet, dass es den Bedarf nach kontinuierlicher Bildungsarbeit gibt, die auch den Einstieg in die Thematik erleichtert. Regelmäßige, bundesweite Veranstaltungen wie auch ausgearbeitete Vorlagen sind hier hilfreich.

So schwierig die derzeitige Lage auch ist und in Zukunft womöglich noch wird: Lasst uns nicht verzweifeln, sondern gemeinsam weiterkämpfen. Denn wir haben eine Welt zu gewinnen und einen Verband mit fähigen Genoss:innen, die Teil dieses Kampfes sind!

- <sup>[1]</sup> <https://www.ochapt.org/content/humanitarian-situation-update-179-gaza-strip>
- <sup>[2]</sup> <https://www.middleeastmonitor.com/20240605-israel-has-killed-15000-children-in-gaza-since-october/>
- 5 <sup>[3]</sup> <https://de.wfp.org/pressemitteilungen/neuer-bericht-nord-gaza-steht-hungersnot-unmittelbar-bevor>
- <sup>[4]</sup> <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2024/04/un-experts-deeply-concerned-over-scholasticide-gaza>
- <sup>[5]</sup> <https://www.aljazeera.com/news/2024/1/24/how-israel-has-destroyed-gazas-schools-and-universities>
- 10 <sup>[6]</sup> <https://www.middleeastmonitor.com/20240606-spain-to-join-south-africas-icj-genocide-case/>
- <sup>[7]</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/asien/istgh-haftbefehl-netanyahu-sinwar-102.html>
- <sup>[8]</sup> More Than 1,000 Rally on Harvard's Campus to 'Free Palestine' Ahead of Expected Ground Invasion of Gaza | News | The Harvard Crimson (thecrimson.com)
- 15 <sup>[9]</sup> <https://www.akweb.de/bewegung/propalastina-uni-campus-besetzungen-in-den-usa-und-deutschland/>
- <sup>[10]</sup> <https://www.theguardian.com/world/2024/apr/28/us-student-protests-gaza-israel>



## A4 Gegen den Faschismus // Gemeinsam gegen die AfD!

### 5 **Antragstext:**

Die AfD befindet sich auf dem Weg der fortschreitenden Faschisierung der Partei. Der sogenannte völkische Flügel um Björn Höcke übernimmt intern zunehmend die Führung. Ausdruck findet dies in den Austritten anderer Strömungen aus der Partei über Jahre hinweg, in den Wahlen der Kandidat\*innen zu Europa- und Landtagswahlen und im sich radikal verschärfenden Sprachbild von Abgeordneten und Repräsentant\*innen. Hinzu kommt mit der correctiv-Recherche eine Veröffentlichung über die inhaltliche Ausrichtung der Partei und ihres bewegungsorientierten Umfeldes. Die rassistisch motivierte Deportation von 20-30% der Bevölkerung, was die faktische Abschaffung des Grundgesetzes bedeuten würde, wird auf Treffen zwischen AfD-Mitgliedern, Identitärer Bewegung, Werteunion und faschistischen Intellektuellen offen diskutiert. Darüber hinaus bestehen mit Kontakten zur bewaffneten Reichsbürgerszene und anderen gewaltbereiten Gruppierungen diverse Vorfeldorganisationen, auf die für die Umsetzung solcher Pläne zurückgegriffen werden kann. Verbunden mit dem Umfragehoch Anfang des Jahres, den Ergebnissen der Europawahl, und den Tendenzen der jugendlichen Bevölkerung (27% der Jugendlichen stimmten in Thüringen für die AfD) - insgesamt also den Ansätzen einer Massenbewegung - muss in Verbindung mit den rassistischen, anti-proletarischen, pseudoparamilitärischen und pro-kapitalistischen Elementen der Partei von einer rasanten Faschisierung gesprochen werden.

25 Anfang des Jahres zeichnete sich jedoch so etwas wie ein turning point in einer Gegenbewegung gegen den Rechtsruck in Deutschland ab. Als Reaktion auf die Veröffentlichung der correctiv-Recherche entstand quasi über Nacht in ganz Deutschland eine spontane Massenbewegung gegen die AfD und ihre menschenverachtenden Pläne. Getragen von bürgerlichen Bündnissen und Parteien fanden einige Wochen lang Massendemonstrationen mit teils über hunderttausend Menschen statt. Als Reaktion beendete Alice Weidel die Zusammenarbeit mit ihrem Berater Hartwig, welcher bei besagtem Treffen anwesend war. Auch wird Maximilian Krahn nach verharmlosenden Aussagen über die SS und Kriegsverbrechen vom restlichen Wahlkampf zur Europawahl ausgeschlossen und soll auch nach der Wahl nicht Teil der AfD-Delegation in das Europäische Parlament sein. Darüber hinaus lässt sich auch in den Umfragen aus dem Frühjahr 2024 ein Rückgang der Werte der AfD feststellen, welcher zeitlich mit den Massenprotesten korreliert.

40 Dieser Rückgang der Umfragewerte und die Zuspitzung interner Konflikte in der AfD lassen sich nicht allein auf einen wie auch immer gearteten diffusen Antifaschismus in der Gesellschaft zurückführen. Stattdessen müssen sie als Resultat einer Bewegung verstanden werden, die öffentlichen Druck auf die Partei und ihr Umfeld ausübte. Zur

besseren Einordnung hilft ein Blick auf vergangene Positivbeispiele antifaschistischen Protests. In Dresden gelang es 2010 mit "Dresden Nazifrei" einem breiten Bündnis aus radikalen, bürgerlichen, parteilichen, autonomen und gewerkschaftlichen Kräften den bis dahin größten Massenaufmarsch rechtsextremer Gruppen und Personen erfolgreich zu blockieren. Ausschlaggebend dafür waren neben der Masse an Antifaschist\*innen die gewählte Aktionsform. Sitzblockaden unterschieden sich qualitativ von bürgerlichen Laufdemos und machten für den Erfolg der Aktion den entscheidenden Unterschied. Eine zweite Erkenntnis lässt sich ausmachen, wenn die heutige Situation mit der Machtübertragung an die Nationalsozialist\*innen verglichen wird. Wenn die Holocaustüberlebende Margot Friedländer die Situation in der Weimarer Republik wiedergibt mit "So hat es damals auch angefangen" muss die Maxime für uns sein, Fehler aus der Vergangenheit nicht zu wiederholen. Das bedeutet für uns, nicht einer Sozialfaschismusthese zu verfallen und den Hauptfeind unserer Bewegung in der Sozialdemokratie zu suchen, sondern auch mit den Antifaschist\*innen in SPD, Grünen und Gewerkschaften punktuell in gemeinsamen Bündnissen zu agieren. Ansätze dessen konnten wir Anfang des Jahres auf den Straßen in den Protesten und Demos sehen. Diese müssen beim AfD Bundesparteitag vom 28. bis 30. Juni in Essen fortgeführt werden. Gemeinsam mit zehntausenden anderen Antifaschist\*innen wollen wir uns massenhaft widersetzen und durch zivilen Ungehorsam den Parteitag blockieren. Gleichzeitig wissen wir, dass die kapitalistische Produktionsweise immer und überall den Nährboden für reaktionäre und faschistische Bewegungen und Parteien bietet - sie sogar fördert. Unsere Antwort auf rechte Akteure darf sich daher nicht darin erschöpfen antifaschistisch zu sein, sondern muss das Problem ganzheitlich erkennen und bekämpfen: Kapitalismus bringt Faschismus hervor, profitiert von ihm und gehört daher abgeschafft.

Demnach muss auch anerkannt werden, dass bürgerliche und etablierte Parteien innerhalb dieses Systems durch ihre unsoziale Abgrenzungs- und Kürzungspolitik und durch die Übernahme rassistischer, rechter Narrativer immer wieder den Weg für den Aufschwung rechter Kräfte ebnen. Deshalb sollten vor allem auch SPD und Grüne, trotz eines teilweise geteilten antifaschistischen Anspruches, einer stärkeren Kritik von links ausgesetzt werden. Die aktuell in der Bevölkerung grassierende Unzufriedenheit mit der herrschenden Politik wird primär von der AfD aufgegriffen und somit Opposition zur Regierung von rechtspopulistischen Thesen vereinnahmt. Wir müssen unsere eigenen Forderungen wieder stärker in den Vordergrund stellen, mehr Radikalismus wagen und an die regierungskritische Stimmung in der Bevölkerung durch einen linken, gegen die herrschende Klasse gerichteten Populismus anknüpfen. Wir müssen das Antiestablishment sein, das die linke Alternative bietet. Innerhalb eines breiten Bündnisses gegen Rechts gilt es demnach als Sozialist\*innen nicht nur für eine Verteidigung der Demokratie, sondern in erster Linie auch für wirkliche soziale Gerechtigkeit und eine sozialistische Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen. . Unsere Strategie erschöpft sich demnach nicht in antifaschistischer Bündnisarbeit, dennoch bildet diese einen relevanten und wichtigen Teil unserer Praxis.

Deswegen:

Der Bundeskongress des SDS ruft alle Antifaschist\*innen und Antikapitalist\*innen auf, sich der Kampagne Essen Widersetzen anzuschließen, den AfD-Bundesparteitag zu verhindern und eine schlagkräftige antifaschistische Bewegung aufzubauen.

5

10

## **A5 Für einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza! Wir wirken mit konsequentem Ausbau von Bildung und Friedenswissenschaft für Frieden in Palästina**

5

*„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden. [...]*

*Die weite Verbreitung von Kultur und die Erziehung zu Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden sind für die Würde des Menschen unerlässlich und für alle Völker eine höchste Verpflichtung, die im Geiste gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Anteilnahme erfüllt werden muss.*

*Ein ausschließlich auf politischen und wirtschaftlichen Abmachungen von Regierungen beruhender Friede kann die einmütige, dauernde und aufrichtige Zustimmung der Völker der Welt nicht finden. Friede muss - wenn er nicht scheitern soll - in der geistigen und moralischen Solidarität der Menschheit verankert werden.“*

15 Aus der Präambel der Verfassung der Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur der Vereinten Nationen (UNESCO), 1945.

Bildung ist Bedingung befreiender Praxis und ziviler Entwicklung und daher zentral für die Befreiung Palästinas. Mit der Motivation, allen Menschen Bildung und Wissenschaft als wesentlichen Entwicklungsfaktor zu ermöglichen, gibt es ein ausgeprägtes wissenschaftliches und künstlerisches Schaffen in Palästina. Gegen die widrigen Bedingungen der jahrelangen Militärbesatzung wurden allein in Gaza 17 Hochschulen geschaffen, an denen über 85.000 der etwa 2 Mio. Einwohner studieren. Dies hat enorme Wirkung für die persönliche Entfaltung, den zivilen Aufbau Palästinas und die kooperative, sozial und ökologische Gestaltung der ganzen Welt: Die Analphabetenquote in Palästina liegt mit 2,6% weit unter dem weltweiten Durchschnitt von 13,7% und der Anteil von Personen mit einem Hochschulabschluss bei den über 25-jährigen ist mit 28,85% genauso hoch wie in einem so reichen Land wie der Bundesrepublik (28,9%). An den Hochschulen werden Ärzte, Lehrer, Ingenieure ausgebildet. Die meisten der Studierenden sind in sozial- und geisteswissenschaftliche Fächer eingeschrieben, als gelebte Völkerverständigung. Und an den Hochschulen gelingt notwendige Wissensproduktion für die Landwirtschaft mit der Palästina, beispielgebend für die ganze Welt, ökologisch versorgt wird.

35 Gegen dieses Emanzipationspotential richtet sich der in der Woche nach dem 7. Oktober durch die Israelische Armee begonnene sogenannte „Educide“, die systematische Zerstörung der palästinensischen Bildungs- und Kultureinrichtungen. Südafrika nennt in seiner Klage im Dezember 2023 zum Beleg des Genozids neben der Zerstörung der Hochschuleinrichtungen die Zerstörung der wichtigsten öffentlichen Bibliothek in Gaza-

Stadt, die Ermordung führender palästinensischer Akademiker:innen, die Zerstörung von Kunst- und Kultureinrichtungen, von archäologischen Artefakten, antiken Manuskripten und Stätten antiker Geschichte, darunter UNESCO-Weltkulturerbe. Die rechten Kräfte der israelischen Regierung zielen darauf die palästinensische Geschichte, Kultur und Zivilisation zu zerstören um Widerstand zu brechen. Im Kontra treten wir für eine politische, zivile Lösung ein, als einzig realistische Überwindung des Krieges und der Besatzung und damit Perspektive für die ganze Region.

Die emanzipatorischen Kräfte in Palästina wirken permanent für den sofortigen Wiederaufbau der Bildung in Gaza. Wie gut das gelingt, hängt wesentlich von den aufgeklärten Kräften aller Länder, also von uns, ab. Der Aufbau von Hochschulkooperationen mit Universitäten in Gaza wirkt Friedensstiftend, ein sofortiger Waffenstillstand ist dafür notwendig und kann besser erreicht werden, wenn sich die deutschen Hochschulen als zivile und friedensfördernde Einrichtungen dafür aussprechen. Bildung ist Lebenselixier, Faktor der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, Widerstand und konkrete Vermenschlichung. In Palästina, hier und überall. Unser Kampf um die Hochschulen ist der gemeinsame Kampf für zivilisatorischen Fortschritt, der allen zu Gute kommt. Die Menschenrechte sind unteilbar. Das ist Erkenntnis insbesondere aus der deutschen Geschichte und durchzusetzen. In der Auseinandersetzung um einen Waffenstillstand und ein Ende der Besatzung in Palästina zeigen sich am deutlichsten und in größter Zuspitzung die Auswüchse des autoritären Staatsumbaus. Dies geschieht vor dem Hintergrund der geopolitisch eskalierenden Weltlage und ist Ausdruck des wachsenden deutschen Militarismus, der über alle Institutionen hinweg forciert werden soll. Die Antwort auf diese Entwicklung aus den Hochschulen muss eine offensive friedensorientierte Praxis sein, die richtungsweisend und bewusstseinsbildend für alle Kämpfe am Campus wirkt. Dies gilt auch für die derzeitigen Besetzungen, Camps und weitere Massenaktionen von friedenspolitisch orientierten Kommiliton\*innen in Bezug auf einen notwendig zu erringenden Frieden in Palästina. Dabei orientieren wir uns maßgeblich an unserer spezifischen Rolle als wissenschaftlich Arbeitende. Damit erreichen wir sowohl unsere Kommiliton\*innen als auch kritische Lehrende und agieren im Sinne einer kontinuierlichen und emanzipatorischen Organisation in der Hochschule als Ort der Wissens- und Ideologieproduktion.

### 35 **Einen sofortigen Waffenstillstand erwirken**

Wir fordern einen sofortigen Waffenstillstand und insbesondere ein Ende der Angriffe der israelischen Armee auf zivile Ziele in Gaza und der Westbank als ersten Schritt auf dem Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden in Israel und Palästina. Der „Eduicide“ ist sofort zu beenden zugunsten eines (Wieder-)Aufbaus der Bildungs- und Zivileinrichtungen. Wir fordern alle Studierendenschaften und Hochschulen auf, sich der

Forderung anzuschließen und wirken an unseren jeweiligen Hochschulen für entsprechende Positionierungen der Gremien.

### **Hochschulkooperationen ausbauen**

- 5 Wir wirken an unseren Hochschulstandorten für den Auf- und Ausbau akademischer Kooperationen zu zivilen wissenschaftlichen Zwecken auf Augenhöhe mit Hochschulen, Bildungs- und Kulturinstitutionen in Palästina. Anzustreben sind, sobald wie möglich, zur Förderung von Verständigung auch trilaterale Wissenschaftskooperationen mit israelischen Hochschulen. Bereits bestehende Zusammenarbeit der Hochschulen und  
10 ihrer Mitglieder mit israelischen Wissenschaftsinstitutionen soll ausschließlich zivilen Zwecken und der Förderung von Humanität und Menschenrecht dienen. Dafür wirken wir auch in der Zivilklauselbewegung und gemeinsam mit Friedenskräften an den israelischen Universitäten.

### **Unterstützen des Bildungsaufbaus in Palästina**

- 15 Wir fordern, Wege zu finden, die palästinensischen Studierenden und Lehrenden in der Wiederaufnahme von Online-Angeboten, im Wiederaufbau ihrer Hochschulen und Bildungseinrichtungen zu unterstützen. Und treten ein für den systematischen Aufbau von Stipendienprogrammen für palästinensische Studierende und  
20 Wissenschaftler:innen auf universitärer Ebene und auf Ebene der Wissenschaftsstiftungen und des DAAD. Der Bundesvorstand und die jeweiligen Hochschulgruppen wirken dafür.

### **Friedenswissenschaften erweitern**

- 25 Wir wirken in Seminaren, studentischen und universitären Gremien, mit Kultur- und Diskussionsveranstaltungen für den Ausbau der Friedenswissenschaften als „wissenschaftliche Parteigänger von Menschen, die durch die ungleiche Verteilung sozialer und ökonomischer Lebenschancen in und zwischen Nationen (d. h. durch strukturelle Gewalt) betroffen sind: von Ausgebeuteten, von sozial Diskriminierten und  
30 von unmittelbar in ihrer physischen Existenz Bedrohten“ (kritischen Friedensforscher:innen auf einer Tagung in Wannsee 1971). Insbesondere suchen wir nach Wegen, mit den wissenschaftlichen Mitteln der Universität die medizinisch-humanitäre und besonders die mentale Gesundheit der Kolleg:innen und der Kommiliton:innen in Gaza zu verbessern. Und fordern alle dazu auf, sich  
35 wissenschaftlich an der Aufklärung der Verbrechen in diesem Krieg, ihrer völkerrechtlichen Ahndung und vor allem der Forschung an Konflikt- und Friedensursachen sowie an der Friedensbildung zu beteiligen.

### **Wissenschaftsfreiheit verwirklichen**

- 40 Zum wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn ist eine offene, streitbare und kooperative Wissenschaftspraxis elementar. Dafür verwirklichen wir die im Grundgesetz errungene

Wissenschaftsfreiheit in der dort gefassten Einheit mit der Würde eines jeden Menschen, dem Sozialstaats- und Friedensgebot. Wir schließen uns daher keinen restriktiven Antisemitismus-Definitionen wie der IHRA-Arbeitsdefinition oder dem 3D-Test an, sondern setzen auf den Erkenntnisgewinn und die wissenschaftliche  
5 Offenlegung, dass von den Kriegen nur Wenige profitieren und dies mit der illegitimen Beschränkung der Friedensforschung verschleiert werden soll. Als Studierende setzen wir auf die Vernunft und die (weiter auszubauenden) guten Möglichkeiten an der Hochschule, um als Vorreiter Hoffnung und Perspektive zu erarbeiten. Die angespannte Krisenlage entscheiden wir hin zu Emanzipation.

10

*„Suche die Schule auf, Obdachloser!*

*Verschaffe dir Wissen, Frierender!*

*Hungriger, greif nach dem Buch:*

*es ist eine Waffe.*

15 

*Du mußt die Führung übernehmen.“*

Bertolt Brecht: Lob des Lernens (1932)

## **A6 Antifaschismus in Hochschulen und Studierendenbewegung: Soziale und zivile Entwicklung gegen Rechts**

5 Die extrem rechten Parteien haben bei den jüngsten Wahlen in EU, in Ländern und Kommunen der BRD, zu hoch abgeschnitten. Bei den Wählenden von 16-24-Jährigen in der BRD entschieden sich 16 Prozent für die AfD. Verschärfter Konkurrenzdruck und verstärkte Vereinzelung schaffen keine Perspektive und viel Frust, worauf die extrem Rechten ihr braunes Süppchen kochen. In den Studierendenschaften kommt es dagegen  
10 darauf an, die erkämpften Möglichkeiten der Organisation und Mitbestimmung für demokratische Persönlichkeits- und Gesellschaftsentwicklung voll auszuschöpfen und auszuweiten. Es braucht eine solidarische Wende, weg von vereinzelter Eigenverantwortung hin zur gemeinsamen Gestaltung von Alltag, Hochschulen und Welt.

Die wesentliche Ursache für den aktuellen Aufstieg der AfD liegt in der verschärften  
15 neoliberalen Umverteilung von unten nach oben inklusive Sozialstaatsabbau, gesteigerter Militarisierung und Abschiebepolitik, auch wieder nach Afghanistan. Die Folgen dieser Politik sind zunehmende Massenverarmung, verschärfte Konkurrenz und verrohte Alltagskultur. Da wächst der Unmut in der Bevölkerung. Durch rassistische, reaktionäre und antikommunistische Rhetorik schafft die AfD es diesen Unmut  
20 umzulenken und verschleiert dabei ihre eigene neoliberale arbeiter\*innenfeindliche Programmatik. Die AfD schafft es, obwohl sie keine Lösungen für die Probleme der Menschen zu bieten hat, sich mittels Propaganda und Demagogie als Partei des Friedens und als Opposition zur Ampelregierung zu inszenieren und so Wählerstimmen zu gewinnen.

25 Die AfD dient jedoch zudem als Plattform für den faschistisch völkisch-nationalen Flügel der AfD, welcher den Aufbau einer faschistischen Bewegung anstrebt. Die AfD gibt ihnen noch die Möglichkeit, im Schleier der Bürgerlichkeit zu agieren. Der faschistische Kern der AfD strebt eine andere politische Ordnung an und spricht bereits jetzt über die Deportation von Millionen von Menschen. Die AfD ist damit zurzeit Stabilisator der  
30 neoliberalen Ordnung und zugleich das bürgerliche Vehikel faschistischer Kräfte.

Als dielinke.SDS sehen wir unsere antifaschistischen Aufgaben der Zeit im Kampf um die Köpfe, um solidarische Perspektiven und um entsprechende Aufmüpfigkeit. Unsere  
35 Strategie gegen Rechts vereint antifaschistische Aufklärung mit den Kämpfen für soziale Verbesserung, Frieden, Abrüstung und internationale Solidarität. Denn ohne die Ursachen anzugehen, lässt sich Faschismus nicht wirksam bekämpfen. Wir werden nicht nachlassen, bis der AfD und allen anderen Kräften der extrem Rechten das Handwerk gelegt ist. Das Grundgesetz geht davon aus, dass (neo-)faschistische Parteien von



vorneherein verboten – also nie zugelassen sind, weil ihre völkische Praxis die Menschenwürde verletzt, die demokratische Teilhabe einschränkt und gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt. Die Beseitigung der extrem Rechten und der Aufbau des „demokratischen und sozialen Rechtsstaates“ (Artikel 20 GG) sind identische Inhalte, welche wir dringend realisieren müssen. Das heißt für uns, die Kämpfe für sozialen Fortschritt mit „BAföG für alle“, zur Wahrnehmung der Wissenschaftsfreiheit mit Zivilklauseln, zum Ausbau internationaler Solidarität zu intensivieren.

Dielinke.SDS nimmt sich vor und tritt ein für:

- Den 8. Mai als Tag der Befreiung zum offiziellen, arbeitsfreien Feiertag zu machen, für das tätige Erinnern und zur Diskussion der zu realisierenden Konsequenzen aus der Befreiung vom Faschismus. Wir beginnen Initiativen zur Vorbereitung des runden Jahrestages der Befreiung im nächsten Jahr in den Studierendenschaften und Parteigliederungen.
- die ausgreifende Mobilisierung an den Hochschulen für die Aktivitäten zum Antikriegstag am 1. September 2024 der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung, denn der Kampf um Frieden und Antifaschismus ist ein gemeinsames Wirken.

Dielinke.SDS initiiert und entwickelt antifaschistische Campus-Kultur,

- mit Gedenkveranstaltungen u. a. zur Bücherverbrennung, Reichsprogromnacht, oder Gedenktage zu Antifaschist:innen, um aus der Geschichte zu lernen, dass der antifaschistische Kampf für Verbesserungen immer möglich und die bessere, weil humane Entscheidung ist.
- Mit der Entwicklung und Einrichtung von antifaschistischen Gedenkortern am Campus, um die widersprüchliche Geschichte der Universitäten für heutige soziale und egalitäre Öffnung zu reflektieren.
- Mit der Benennung von Orten, Straßen, Plätzen und insbesondere Hörsälen nach Antifaschist:innen, um das persönliche Engagement der zahlreichen Widerstandskämpfer:innen in ihrer Weltanschauung, Persönlichkeit und Wirken zu würdigen und für heute lebendig und aufgreifbar zu machen.
- Mit der fachspezifischen Vertiefung und Realisierung der Konsequenzen aus der Befreiung in Projektwochen, regulären Kursen und Diskussionsveranstaltungen. Damit alle Fächer die 1945 gefassten Erkenntnisse reflektieren und zum Aufbau einer neuen Welt heute Konsequenzenreich beitragen. Alle Disziplinen sind gefragt.
- Mit antifaschistischen Campusrundgängen, insbesondere zum Semester- und Studienbeginn.

Der BAK Kampf gegen Rechts wird gebeten, entsprechendes Material und Initiativen zusammenzustellen.

### **Gegen Rechts hilft nur Links!**

Die Wahlergebnisse der extrem Rechten sind auch deswegen hoch, weil die der linken Parteien, insbesondere in der BRD, einem Desaster gleichkommen. Das ist weitgehend

hausgemacht, und zügig zu ändern. Anstatt in der Friedensfrage angepasst und zurückhaltend zu sein gilt es das in der, durch die EU-Wahlen verstärkt deutlich gewordene, Unzufriedenheit und Suche nach einer Alternative das große Mobilisierungspotenzial zu erkennen und aufzugreifen. Für die LINKE gilt jetzt klar

5 humanistisch, antimilitaristisch sowie pazifistisch und damit verbunden in der sozialen Frage systemoppositionell aufzudrehen. Die AfD kann sich nicht mehr als Friedenspartei verkaufen wenn wir das Bewusstsein über unsere eigene voranbringen. Wenn die LINKE als lebendige Mitgliederpartei die Wirksamkeit von uns allen entwickelt, können sich AfD und Co. schwer als Alternative ausgeben. Deswegen muss die Konsequenz aus diesen

10 Wahlen sein: DIE LINKE muss oppositioneller, grundsätzlicher und – international – solidarischer werden. Die Linke.SDS will für eine entsprechende grundlegende Kurskorrektur hin zur engagierten, demokratischen Partei in Opposition für Frieden und soziale Gleichheit wirken. Damit das gelingt, bedarf es nicht nur einer systematischen Analyse der vergangenen Wahlniederlagen, sondern einer ernsthaften

15 Auseinandersetzung mit der aktuellen Lage der Partei. Hierfür fordern wir als DieLinke.SDS lokale Strategiekonferenzen.

## **A7 BAföG für Alle statt Alles für den Krieg – gemeinsam am Aufbau der Studierendenbewegung arbeiten!**

Der massive Ausbau des BAföG zum Studienhonorar ist dringend erforderlich: 76  
5 Prozent der Studierenden, die in WGs wohnen, leben unterhalb der Grenze der sog.  
„Armutsgefährdung“. Der größte Teil der Studierenden muss ihr Studium durch die  
Eltern (82 Prozent) und die eigene Erwerbsarbeit (63 Prozent) finanzieren. Kein Wunder,  
denn der Anteil der BAföG-Empfänger beträgt heute nur noch 11 Prozent der  
Studierenden. Zum Vergleich: Bei der Einführung 1971 waren es 44 Prozent. Die  
10 Unterfinanzierung der Ausbildungsförderung führt dazu, dass das erkämpfte Recht auf  
Bildung wieder stärker zum Privileg für Wenige verkommen soll, wie es auch das  
Stagnieren der Studienanfängerquote seit 2011 zeigt. Bei der tiefen  
Verwissenschaftlichung der Gesellschaft und Produktion wirkt diese soziale Schließung  
der Hochschulen hemmend auf die Entfaltung der Produktivkräfte sowie die Entwicklung  
15 von Lösungsansätzen für Krisen des Kapitalismus.

Die aktuelle Überarbeitung des BAföG-Gesetzes - durch das FDP-geleitete  
Wissenschaftsministerium vorgelegt und mit einigen Schönheitskorrekturen durch die  
Ampel im Bundestag beschlossen - macht nur deutlich, dass es dringend einer  
studentischen Bewegung bedarf. Entgegen vielstimmiger Kritik bleibt es bei prekärer  
20 Studienhilfe: Bedarfssätze, Wohnzuschüsse und Elternfreibetrag steigen um lächerliche  
5 Prozent. Das ist vor dem Hintergrund der anhaltenden Inflation bei Konsumgütern de  
facto ein Kaufkraftverlust. Dazu sollen nur besonders arme Studienanfänger:innen eine  
einmalige Starthilfe von 1000 Euro erhalten können.

Es braucht einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel von der privatisierten  
25 Alltagsbewältigung hin zur gemeinschaftlichen Gestaltung allseitig humaner  
Lebensbedingungen durch die Vielen. Hochschulen mit Bildung und Wissenschaft im  
Interesse der Allgemeinheit sowie ihre Mitglieder sind dafür entscheidend. Deswegen  
braucht es ein “BAföG für Alle”, das dem Studium als gesellschaftlich notwendige Arbeit  
gerecht wird und den sozial offenen Hochschulzugang sowie das Recht auf Bildung  
30 realisiert.

### **DieLinke.SDS kämpft deswegen für das “BAföG für Alle”:**

**1200€ Monatlich und Inflationsangepasst**, weil Studierende “geistige Arbeiter” sind,  
deren Arbeit bedarfsgemäß und förderlich sozial unterlegt sein kann und muss, damit  
35 Bildung und Wissenschaft ihr volles Potenzial zur Verbesserung der Welt entfalten.

**Rückzahlungsfrei**, denn Bildung ist keine Ware. Falls ein Teil des BAföGs nur ein Kredit  
ist, nötigt es Studierende, das Studium als Investition in die eigene Karriere zu begreifen  
anstatt als Beitrag zur sinnvollen Entwicklung von Persönlichkeit und Gesellschaft. Ganz

im Gegensatz dazu führt auch die Pflicht, Leistungsnachweise vorzulegen, zu einem Fokus auf das "Durchkommen auf einfache Art". Darüber hinaus, jeder ins BAföG investierte Euro ist ein mehrfaches Gewinngeschäft für die Gesellschaft und die Staatskassen, denn dieser kurbelt die Nachfrage an und fördert langfristige Produktivität  
5 – statt den von den Vielen kooperativ geschaffenen Reichtum in Offshore-Steuerparadiesen oder spekulativen Kapitalanlagen destruktiv zu horten.

**Unbefristet**, weil kooperatives und produktives Lernen von Zeit- und Leistungsdruck nur eingeschränkt wird. Weil das neoliberale Dogma von "Fordern und fördern", dass der  
10 Mensch von Natur aus faul sei, gründlich widerlegt und zu beenden ist. Sozial abgesicherte Menschen neigen auch dazu, zu arbeiten, da der Mensch durch Arbeit, also die bewusste, kooperative Gestaltung und Aneignung seiner gemeinschaftlichen Lebensbedingungen, sein Menschsein realisiert.

**Altersunabhängig**, weil Lernen keine Frage des Alters ist. Im Gegenteil ist lebenslanges Lernen bedeutsam für Arbeit und Gesellschaft, sowie als grundlegendes Menschenrecht dringend zu verwirklichen.  
15

**Elternunabhängig**, weil es um die Förderung allseitiger Emanzipation geht, und dafür die Studienförderung öffentlich statt privat gestaltet sein muss. Studierende aus  
20 reichem Elternhaus müssen aus der Abhängigkeit von ihren Eltern entlassen werden, die sich auch ideologisch niederschlägt und zur Reproduktion der Elite beiträgt. Reiche Eltern sollen nicht "ihren", sondern allen Kindern das Studium finanziell ermöglichen, indem sie angemessene Steuern zahlen.

**Herkunftsunabhängig**, weil Bildung eine international kooperative Angelegenheit ist. Wissenschaft kennt keine Grenzen. Angesichts dessen, dass der Reichtum hierzulande  
25 auf 500 Jahre Kolonialismus und gewaltsamer Ausbeutung des globalen Südens besteht, ist die Bildungsförderung Studierender aus aller Welt elementares Recht und ein  
30 Minimum. Zur Lösung der globalen Probleme, die nunmal mehrheitlich die Industrienationen geschaffen haben, kann es gar nicht genug internationalen Austausch und Wissensverbreitung sowie -vermehrung geben.

Das "BAföG für Alle" trägt dazu bei, das Studium gesellschaftlich produktiver, sinnvoller  
35 und damit erfreulicher zu machen, weil durch die soziale Förderung statt Konformitätserziehung demokratische Fragestellungen, Wissenschaft für Frieden und sozial-ökologischen Fortschritt sowie kooperatives Lernen entfaltet werden können.

**Geld ist genug da – gegen die Militarisierung braucht es auch eine soziale Wende**

Hierzulande treibt eine große Koalition von Rüstungskonzernen und den ihr willfährigen Parteien, allen voran die AfD, über die CDU bis zur Ampel-Regierung die Militarisierung voran, zur letzten Verteidigung der hiesigen Produktions- und Ausbeutungsverhältnisse. Was Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung im August 2023 prophezeite – einen geplanten Angriff auf den Sozialstaat, um die Aufrüstung zu finanzieren – ist heute Politik. “Kanonen statt Butter”, wie der Präsident des ifo-Instituts Clemens Fuest mit absoluter Geschichtsvergessenheit propagierte. Dagegen hilft auch nicht der verzweifelte Versuch, “Kanonen und Butter” mit völlig unzureichenden Zugeständnissen doch irgendwie zu vereinen.

10

Dem Kurs einiger Gewerkschaftsspitzen, mit Burgfrieden die sozialen Auseinandersetzungen zu hemmen – beispielsweise mit dem im Februar 2024 von IG Metall-Führung, SPD-Wirtschaftsforum und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) veröffentlichten Positionspapier, in dem eine stärkere Industriepolitik im Rüstungsbereich gefordert wird – ist aufklärerisch entgegenzuwirken. Antimilitaristischen Kräften innerhalb der Gewerkschaften, die sich auf der Stuttgarter Konferenz “Gewerkschafter für den Frieden” vernetzt haben, gilt es, aus den Hochschulen heraus für den gemeinsamen Kampf den Schulterchluss mit Studierenden und Wissenschaftenden anzubieten. Es braucht eine soziale Wende zum Ausbau des Sozialstaats und kulturvoller, ziviler Entwicklung – und dafür die Bewegung. Die für die Militarisierung vergeudeteten Mittel lassen sich allgemeinwohlfördernd und produktiv einsetzen.

15

20

25

*“Sonst aber wäre zu sagen, dass /  
Kanonen auf den leeren Magen /  
Nicht jedes Volkes Sache sind”  
(Bertolt Brecht)*

### **Studierendenbewegung initiieren: Die beste Alternative zur Vereinzelung und Perspektivlosigkeit ist die politische Aktivität**

30

Finanzielle Not, Leistungs- und Konkurrenzdruck, ein Mangel an persönlichen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven sowie die seit der Corona-Pandemie verstärkte Vereinzelung und Rückkehr ins Private. Die Sozialerhebungen des Deutschen Studentenwerks (s.o.) zeigen, dass sich die Nachfrage nach psychosozialen Beratungsangeboten im Zeitraum zwischen 2016 und 2021 stellenweise verdoppelt, verdreifacht und vervierfacht hat.

35

Die beste Alternative zur Vereinzelung und Perspektivlosigkeit ist die politische Aktivität. Veränderung können wir nur erkämpfen in der gemeinsamen politischen Diskussion und Aktion – im Seminar, beim Mittagessen, am Campus-Stand, in der Fachschaft, im Studierendenparlament/-rat, bei Kundgebungen, usw. Dabei nehmen wir wahr, dass die

40

Forderung nach dem "BAföG für alle" breit geteilt wird. Es kommt jedoch darauf an, die Kommiliton:innen zur organisierten Aktivität herauszufordern.

5 Politische Bewegungen entstehen nicht aus dem Nichts heraus. Vor 1968 arbeitete der historische SDS jahrelang intensiv am Aufbau der Studierendenbewegung. Die SDS-Hochschuldenkschrift entstand bereits 1961. Auch die aktuell stattfindenden "spontanen" Massenaktionen der Palästina-Solidaritätsbewegung wären nicht möglich gewesen ohne das kontinuierliche Wirken organisierter Kräfte hierzulande. Im Kampf für soziale Verbesserungen an der Hochschule sind wir diese Kraft. Dies ist unsere Aufgabe als SDS: Die Köpfe und Verhältnisse dort zu bewegen, wo es nötig ist – und damit am Aufbau der studentischen Bewegung zu arbeiten. Die Fähigkeit dazu verschaffen wir uns durch die marxistische Analyse der Verhältnisse, die organisierte Aktivität und den offenen und kritischen Austausch über konkrete Erfahrungen.

#### 15 **DieLinke.SDS nimmt sich vor:**

Die Aktivitäten im Sozialkampf rund um die zentrale Forderung nach einem "BAföG für Alle" treiben wir im Verband, in den Hochschulen und Gruppen vor Ort, mit Bündnispartnern (wie fzs, Gewerkschaften, Zusammenschlüsse von Wissenschaftenden und in der Partei DIE LINKE) sowie öffentlich voran. Wir arbeiten mit der Broschüre 20 "BAföG für Alle! Argumente für die bedarfsdeckende, elternunabhängige, herkunftsunabhängige, unbefristete, rückzahlungsfreie Studienförderung" aus den Studierendenschaften Hamburgs und verbreiten diese.

DieLinke.SDS ruft in diesem Sinne zum bundesweiten Aktionstag am 28.06. mit dem Titel "BAföG für alle statt Profite für wenige" anlässlich der Demonstration in Hamburg 25 auf sowie zur Kundgebung vor der KfW in Frankfurt am 05.07. mit dem Titel "BAföG für Alle statt Schuldenfalle". Diese Aktionen verstehen wir als Startpunkt für die gemeinsame Intensivierung der Diskussion und Aktion zum Thema – in enger Verknüpfung und im Austausch zwischen der Ortsgruppe und der Vernetzung im BAK Hochschulpolitik, um einen produktiven Erfahrungs- und Materialaustausch 30 herzustellen.

# A8 Befreien wir die Wissenschaft! Für Frieden, Völkerverständigung und sozial- ökologischen Fortschritt

5 Hochschulen erfüllen dreierlei Funktionen im kapitalistischen Herrschaftssystem: die  
Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die Produktion von  
entsprechend geschulten Arbeitskräften sowie die Reproduktion von Herrschaftswissen.  
Sie sind also direkt eingebettet in die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und  
müssen in ihren Curricula, Aufgabenstellungen und Verwaltungsstrukturen stets den  
10 neuen Entwicklungen angepasst werden. Um die Lage an den Hochschulen aktuell zu  
verstehen, ist es deshalb notwendig, sich die politische Lage bewusst zu machen, in der  
sie sich befinden.

## Multipolare Weltordnung

15 Die von der US Regierung im Mai erhöhten Zölle für chinesische Produkte<sup>[1]</sup> sind ein  
weiterer Schritt in der Eskalation des seit 2018 schwelenden Wirtschaftskrieges zwischen  
den Vereinigten Staaten und China. Dieser ist eingebettet in eine neue  
Blockkonfrontation der Großmächte - mit der Europäischen Union (EU) als Teil der USA  
20 geführten westlichen "Wertegemeinschaft" mittendrin.

Sie ist ein zentrales Element der aktuellen Dauerkrise des globalen Kapitalismus<sup>[2]</sup>, die  
ihren Anfang 2007 fand. Mit ihrer staatsinterventionistischen Strategie konnte China die  
globale Finanzkrise erfolgreicher überstehen als die westlichen Staaten und errang  
25 damit Wettbewerbsfähigkeit in Zukunftstechnologien wie erneuerbare Energien,  
Speicherbatterien und Mobilfunktechnologien. Versuche der USA, China einzudämmen  
und zu integrieren, von der Kontrolle der fossilen Energien im Nahen Osten bis hin zu  
den Seewegskontrollen im Südchinesischen Meer, sind gescheitert. Die neue  
Seidenstraße, eine verstärkte Binnenmarktorientierung sowie der pakistanisch-  
30 chinesische Wirtschaftskorridor ermöglichten es China, sich diesen Maßnahmen zu  
widersetzen. Eine Verschiebung hin zu einer multipolaren Weltordnung mit einem  
erstarkenden Globalen Süden findet statt.

Um ihre Stellung weiterhin zu erhalten, wurde in den westlich-kapitalistischen Staaten  
35 vermehrt auf Staatsinterventionismus gesetzt.<sup>[3]</sup> Ihre dennoch inhärente politische  
Fragilität, vor allem innerhalb der EU, verdanken sie den fehlenden zentralisierten  
Planungskapazitäten sowie der fehlenden Sozialstaatlichkeit.<sup>[4]</sup> Austerität und sozialer  
Kahlschlag sind die Folgen<sup>[5]</sup>, auch im Bildungssektor.<sup>[6]</sup>

Die im Vergleich zur Nachkriegszeit begrenzten Ressourcen der USA veranlassen die Regierung, eine transatlantische Arbeitsteilung gegen China zu verfolgen. Die EU, die seit dem Brexit 2016 vermehrt auf eine "Strategische Autonomie"<sup>[7]</sup> pocht, wird zunehmend militarisiert. Was auf dem ersten Blick wie der Versuch einer geopolitischen Verselbstständigung gegenüber den USA wirkt, entpuppt sich als ein Zuarbeiten in Form der beschleunigten Erfüllung des NATO-Zweiprozent-Ziels, um den USA in Syrien, Libyen, Mali etc. den Rücken freizuhalten.

### Militärische Zuspitzung

10

Nachdem noch 2019 die NATO für "hirntot" (Macron) erklärt wurde, wirkt der Ukraine-Krieg seit 2022 als Katalysator für die verstärkte Einbindung in das Kriegsbandnis. Die Abhängigkeit zu den USA wurde verstärkt: fossile Energieträger aus Russland wurden vielfach durch teures US-Flüssiggas (LNG) ersetzt (mittlerweile fast 20 % der EU-weiten Energieimporte<sup>[8]</sup>) und mit der Abkopplung von China seitens der EU-Staaten nimmt der US-Markt eine wachsende Rolle ein<sup>[9]</sup>. Nicht zuletzt ist die EU-Aufrüstung eng mit dem US-Rüstungssektor verbunden: in Deutschland stellen US-Waffen über 60 % der Rüstungsimporte dar.<sup>[10]</sup>

15

20

Die Einbindung der USA in die Krisenherde außerhalb des Pazifiks hat mit der Eskalation des Krieges in Gaza zugenommen. Die USA ist der größte Waffenlieferant an Israel und ermöglicht so zusammen mit Deutschland (Platz 2) den stattfindenden Genozid an der palästinensischen Bevölkerung. Die USA befürchten den wachsenden Einfluss Chinas vor allem unter den Golfstaaten, Israel soll als Vorposten agieren. Der Handelskorridor IMEC von Indien über den Nahen Osten nach Europa soll durch einen verstärkten Handel mit Indien die Position und wirtschaftliche Stärke Chinas zurückdrängen. Dafür wird aktuell der Hafen im israelischen Haifa als Umschlagplatz für Güter gehandelt.<sup>[11]</sup>

25

30

Die Interessen der BRD sind ideologischer, ökonomischer und geopolitischer Natur. Historisch als Rehabilitierungsmaßnahme für ihre Integration in den Westen entstanden, gilt die bedingungslose Unterstützung der israelischen Regierung heute als "Staatsräson", um sich einer kritischen Erinnerungspolitik zu entledigen.<sup>[12]</sup> Daneben wird sie, wie auch die Position zur "Unterstützung" der Ukraine, verwendet, um die Aufrüstung und den autoritären Staatsumbau zu legitimieren. Wer vorher als Friedensbewegter zur "Fünften Kolonne Moskaus" gehörte, wird heute noch zusätzlich als Antisemit gebrandmarkt. Ungeachtet dessen nimmt mit zunehmendem Blutvergießen in Gaza die Zustimmung zum Vorgehen Israels in der deutschen Bevölkerung ab. Im März 2024 waren knapp 70 % der Befragten im Politbarometer der Meinung, das militärische Vorgehen Israels sei ungerechtfertigt.<sup>[13]</sup>

35

40



Mit den Klagen gegen Israel und Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof sowie dem Haftbefehl u.a. gegenüber Netanyahu durch den Internationalen Strafgerichtshof wird die menschenverachtende und völkerrechtswidrige Positionierung Deutschlands immer deutlicher. Sie zeugen von der erstarkenden Relevanz internationaler Gerichtsbarkeit sowie vom erstarkenden Widerstand von Ländern des sogenannten 'Globalen Südens', sich der "regelbasierten Weltordnung" des Westens unterzuordnen.

Durch die Kräfteverschiebungen und die erstarkende Peripherie ergibt sich eine Chance, in Deutschland als imperialistisches Kernland die klaffenden Widersprüche anzupacken: der Austerität und Militarisierung, der "wertegeleiteten" Politik und systematischen Menschenrechtsverletzungen, der liberalen parlamentarischen Demokratie und des autoritären Staatsumbaus, dem Ruf nach "Frieden" und der konsequenten Eskalation.

### 15 **Militarisierung und Abschottung der Hochschulen**

Diese Entwicklungen spiegeln sich in den Hochschulen wider. Als Produktionsstätte der gesellschaftlich anerkannten Wahrheit und Motoren der Innovation, sind sie ein stark umkämpftes Feld. Die Wissenschaft soll zunehmend der Außenpolitik unterworfen werden<sup>[14]</sup>, denn Ideologie und Innovation sind entscheidend für den Erfolg des militaristischen Umbaus.

Direkt nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurden alle institutionellen Wissenschaftskooperationen zwischen Deutschland und Russland abgebrochen.<sup>[15]</sup> Auch die Zusammenarbeit in der Forschung zu Permafrostböden, deren Auftauen einen Kipppunkt für den Klimawandel darstellt, wurde gekappt.<sup>[16]</sup> Mit der Zuspitzung der geopolitischen Lage ist das nicht nur auf Russland limitiert. China wird als "systemischer Rivale" gesehen und deshalb müsse die Zusammenarbeit "realistisch gestaltet" werden.<sup>[17]</sup> Neben Forderungen nach wissenschaftlichen Sanktionen gegenüber China wird davor gewarnt, dass "Hinter jedem chinesischen Forscher [...] sich die kommunistische Partei verbergen [kann]"<sup>[18]</sup>. Medien wie Correctiv warnen vor üblicher wissenschaftlicher Praxis und stellen einen Generalverdacht gegen zum Feindbild erklärte chinesische Wissenschaftler\*innen, als deren einzige Motivation zur wissenschaftlichen Kooperation die Unterwanderung und Zerstörung Deutschlands erscheint. Bevor eine Vorverurteilung von Wissenschaftler\*innen stattfindet, die in Ländern außerhalb der sogenannten "Wertegemeinschaft" tätig sind, sollte reflektiert werden, dass man vor Wissenschaftsspionage keine Angst haben muss, wenn ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke geforscht wird und das der Sicherung von Kapitalinteressen dienende Patentrecht, das menschheitlichen Fortschritt bremst, abgeschafft ist.

Vorhaben zur Sicherung der "strategischen Autonomie" und Unterwerfung der Hochschule vor dem militärischen Umbau der Wirtschaft kommen auch an den Hochschulen zum Vorschein:

5 Neue Drittmittelprojekte aus EU-Geldern erlauben bei strategisch wichtigen Technologien nur Kooperationen mit EU-Mitgliedsstaaten, Island, Norwegen und Israel<sup>[20]</sup>. Durch gezielte und übermäßig große Drittmittel-Töpfe, Kooperationszwänge mit der Bundeswehr<sup>[21]</sup> und der Überlegung, europaweite Drittmittel nur noch für Dual-use-Projekte auszugeben<sup>[22]</sup>, wird die Wissenschaftsfreiheit strukturell unterminiert und der zivile Charakter der Hochschulen, Ergebnis der Barbarei des Zweiten Weltkrieges,  
10 nach und nach ausgehöhlt. Erklärtes Ziel ist es, im Falle eines eskalierenden Wirtschaftskrieges weiterhin den Zugang zu kritischen Technologien und damit die militärische Schlagkraft zu behalten.<sup>[23]</sup>

15 Der Neuordnung der Herrschenden erfolgte auch eine Neuordnung friedensbewegter Kräfte an den Hochschulen. Schon mit Ausrufung der sog. Zeitenwende im Februar 2022 formierten sich lokal und bundesweit Zivilklauselaktive neu. Schnell wurde deutlich, dass die Herrschenden den Druck auf die Hochschulen erhöhen würden, um Zugriff auf die Forschung und die Köpfe zu erlangen. Seit mehr als zwei Jahren stehen die Zivilklauseln unter Beschuss, zuletzt im Bundestag durch die hessischen Christdemokraten.<sup>[24]</sup> Was  
20 anfangs vor allem durch eine Abwehr der Angriffe herrschenderseits gekennzeichnet war, hat sich seit den beiden Zivilklausel-Kongressen im Oktober 2023 (Kassel) und im März 2024 (Frankfurt) in eine offensivere Haltung gewandelt. Beide Kongresse haben wir als SDS maßgeblich mitgeprägt.

25 Das durchneoliberalisierte Finanzierungssystem hingegen sorgt für Widerstandshemmnisse aufseiten der großen Teile der Universität und zwingt zur Selbstzensur: der flächendeckend, prekär-angestellte Mittelbau kann es kaum wagen, den Status Quo zu hinterfragen. Ohne Garantie einer Vertragsverlängerung ist das Risiko eines Jobverlustes oft zu hoch, um sich groß aus dem Fenster zu lehnen.

30 Auch diejenigen mit sicheren Stellen sind in der Regel auf Drittmittel angewiesen, um ihre Forschung durchzuführen. So passen sich, wie in Bayern<sup>[25]</sup>, ganze Universitäten freiwillig an das Interesse der Politik an, um ihren Forschungsinteressen weiter nachgehen zu können und ihre Wettbewerbsfähigkeit im Exzellenz-Dschungel zu  
35 bewahren.

Die Zuspitzung der autoritären Wissenschaftspolitik stellen die neulich aufgedeckten Bemühungen von der Bildungsministerin Stark-Watzinger (FDP) dar, "kritische Meinungsäußerungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit Mittelentzug  
40 zu bestrafen"<sup>[26]</sup>. Ein weiteres Beispiel sind die enormen Angriffe gegen Geraldine Rauch, Präsidentin der TU Berlin<sup>[27]</sup>, nachdem sie einen kritischen

Antidiskriminierungsbeauftragten eingesetzt hatte. Von außen und nun auch zunehmend von den Rektoraten und anderen einflussreichen Universitätsangehörigen wird mehr und mehr die deutsche "Staatsräson" aufgedrängt.

5 Durch Prekarisierung in ihrem politischen Beteiligungsrecht beschnitten sind nicht nur Dozierende und Mittelbau. Breite Teil der Studierendenschaft sind aufgrund stetig steigender Lebenshaltungskosten mit drastischen Existenzängsten konfrontiert und damit dem Klassenkampf von oben ausgesetzt: knapp 38 % waren schon 2021 armutsgefährdet.<sup>[28]</sup> Bei Vollzeitstudium und überlebensnotwendiger Arbeit nebenher<sup>[29]</sup>  
10 bleibt nur wenigen die Zeit, sich mit der politischen Aktualität auseinanderzusetzen oder gar sich zu organisieren. All diejenigen, die trotz widriger Umstände versuchen, die Universität als Ort der politischen Auseinandersetzungen zu nutzen und sich mit ihren Kommiliton\*innen am Campus zu organisieren, stehen derzeit ebenfalls im Fokus der Repressionen. Insbesondere die angekündigten und teils bereits vollzogenen  
15 Verschärfungen der Hochschulgesetze stellen hier einschneidende Veränderungen dar. Unter anderem durch die Einführung politisch motivierter Zwangsexmatrikulationen sollen die Möglichkeiten für studentischen Protest an den Universitäten so weitreichend und auf Dauer eingeschränkt und ein Klima der Angst verbreitet werden. Diese Angriffe ergänzen die Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit und führen dazu, dass die  
20 Universität als Raum kritischer Lehre, Diskussion und Intervention derzeit als Ganzes bedroht ist.

Dennoch: Nicht nur aus der Studierendenschaft<sup>[30]</sup> bildet sich Widerstand gegen die Instrumentalisierung der Wissenschaft für Partikularinteressen von Industrie und Staat,  
25 auch die kritische Rektorenschaft widersetzt sich der geopolitischen Unterordnung der Hochschulen. Dies wird u.a. deutlich in der Stellungnahme der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) zu den geplanten Umstellungen des größten europäischen Förderprogramms für Forschung hin zu Dual-use<sup>[31]</sup> und zu der Drangsalierung und öffentlichen Diffamierung kritischer Dozierender durch die  
30 Springer-Presse in der Frage des Gaza-Krieges<sup>[32]</sup>. Daneben gibt es in Bayern Protest gegen das geplante Bundeswehrgesetz<sup>[33]</sup> und mit den palästina-solidarischen Hochschulaktionen realisiert ein bislang selten sichtbar agierender Teil der Studierendenschaft das gesellschaftliche Veränderungspotential aus der Universität heraus.

35 Seit wenigen Monaten sind die aus den USA übergeschwappten Besetzungen von Hörsälen, Camps und anderen Massenaktionen an den deutschen Campi angekommen. Geprägt sind die Aktionen von friedensbewegten, migrantischen und politisch organisierten Studierenden und Organisationen, die sich gemeinsam seit Monaten für einen Waffenstillstand in Gaza stark machen. Die Grundlage dieser neuen pro-palästinensischen Bewegung in Deutschland fußt auf jahrelanger Aufklärungs- und  
40 Kampagnenarbeit von internationalen Organisationen wie bspw. Palästina Spricht oder

die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost. Die Kämpfe von Studierenden um Meinungsfreiheit in und außerhalb des Hörsaals haben auch die Professor:innenschaft massiv aufgerüttelt. Neben Abgrenzungsversuchen, Vorverurteilungen und Hetze sehen wir auch eine zunehmende Solidarität und das  
5 Potential von Politisierung und Bündnissen mit Professor:innen gegen die deutsche "Staatsräson". In den Auseinandersetzungen rund um die Camps stellt sich grundlegend die Fragestellung "Wie kann ein Waffenstillstand auch an der Hochschule erwirkt werden?" und "Wie schaffen wir eine langfristige Organisation an den Hochschulen?".

10 Diese Entwicklungen bieten die Chance, von Links für eine Kursänderung einzugreifen und in dem Kampf um die Hochschule in die Offensive zu kommen!

### Was tun?

15           *»(...) Wer noch lebt, sage nicht: niemals!  
Das Sichere ist nicht sicher.  
So, wie es ist, bleibt es nicht.  
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,  
Werden die Beherrschten sprechen.  
20 Wer wagt zu sagen: niemals?  
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.  
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?  
Ebenfalls an uns.  
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!  
25 Wer verloren ist, kämpfe!  
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?  
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,  
Und aus Niemals wird: Heute noch!«  
- Lob der Dialektik, Bertolt Brecht, 1934*

30 Nachdem allseitig klar wird, dass mit dem neoliberal formierten Kapitalismus keine Zukunft zu machen ist, gewinnt auch der Kampf an der Hochschule neue Intensität. Angesichts der gegenwärtigen Zuspitzung der Klassenkonflikte und den Herausforderungen an unseren Hochschulen stehen wir als Studierendenverband in der  
35 Verantwortung, aktiv für eine positive Veränderung einzutreten.

Wir sind davon überzeugt, dass unser Wirken an den Hochschulen - unabhängig von unserer Statusgruppe oder Studienrichtung - einen bedeutenden Beitrag zur gesellschaftlichen Veränderung leisten kann. Es liegt an uns, ob die Wissenschaft dem  
40 Krieg oder dem Frieden, der Unterdrückung oder der Befreiung, der Ausbeutung der Natur oder der sozial-ökologischen Wende dient. Es liegt an uns, ob die Hochschulen als

Teil dieser Gesellschaft der Barbarei verfallen oder zur Zivilisierung und Humanisierung der Verhältnisse beitragen.

5 Hierfür müssen wir die Wissenschaft von den Ketten der Staatsräson und der  
marktwirtschaftlichen Zwänge befreien. Wir wirken für eine Verwirklichung der  
Wissenschaftsfreiheit, die auf Grundlage der gefassten Ambitionen bestehender und  
noch zu etablierender Zivilklauseln fußt. Die bloße Verteidigung der Zivilklauseln in  
unseren Grundordnungen und Leitbildern, reichen allerdings nicht aus, um den  
gegenwärtigen Krisen zu begegnen. Ein bloßes "Nein!" zu Rüstungsforschung und zu  
10 Militär an unseren Hochschulen bringt uns noch nicht ausreichend in die Offensive. Als  
Friedensbewegung an der Hochschule sind die Zivilklauseln der Ausdruck eines  
positiven Friedensverständnisses, dass auf die Überwindung struktureller Gewalt  
jeglicher Art abzielt und sollten damit richtungsgebend für die inhaltliche Gestaltung von  
Forschung und Lehre an allen Fachbereichen sein.

15 Unser Ziel muss es daher sein, die verbleibenden Freiräume für kritisches Denken nicht  
einfach zu verteidigen, sondern auszubauen und die Hochschulen als Institutionen der  
Aufklärung, des Dialogs und der Völkerverständigung zu etablieren. Dafür braucht es  
eine umfassende Wiederbelebung der politischen und demokratischen  
20 Interessenvertretung in Fachschaften, ASten, Studierendenparlamenten,  
Studierendenräten und akademischen Gremien. Gleichzeitig müssen wir die  
Möglichkeiten für Protestformen am Campus außerhalb der studentischen Gremien  
verteidigen und die derzeitigen Angriffe für weitreichende Mobilisierungen nutzen.  
Darüber hinaus gilt es, jeden Hörsaal und jeden Seminarraum durch widerständiges  
25 Studieren als kulturelle Opposition gegen Verschulung und Verdummung durch Bologna  
zum Ort der Auseinandersetzung zu machen. Hierfür sind wir Alle gefragt!

Deshalb nehmen wir uns als DieLinke.SDS vor:

### 30 **Zivilklausel-Initiative - jetzt!**

Wir haben besseres vor, als der wissenschaftliche Arm deutscher  
Imperialismusbestrebungen samt "Kriegsertüchtigung" zu sein! Wir sind friedensfähig!  
Es liegt an uns, die Friedensbewegung an den Hochschulen mit Inhalten und Leben zu  
füllen. Kritische Wissenschaften, die Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen und positive  
35 Alternativen für Aufbau, Demokratie und Völkerverständigung aus den einzelnen  
Fachdisziplinen formulieren, sind unsere Antwort auf "Außenwissenschaftspolitik".  
Deshalb wollen wir in der bundesweiten Zivilklausel-Vernetzung "Hochschule für den  
Frieden - ja zur Zivilklausel"<sup>[34]</sup> aktiv mitwirken und den Bundesarbeitskreis  
Antimilitarismus und Frieden für die interne Diskussion innerhalb des SDS nutzen.

40

**Ab in die Fachschaften!**

Die Fachschaften sind die Betriebsräte unserer Institute. Sie dienen der studentischen Interessenvertretung eines Fachbereichs. Mit unserem Engagement in den Fachschaften können wir unsere politischen Auseinandersetzungen genau dort führen, wo wir sind und auch unsere Kommiliton:innen dafür gewinnen, mit uns gemeinsam zu kämpfen.

5 Mit der Hochschule als unserem Lebensschwerpunkt sowie der Gewerkschaftlichen Orientierung als Leitfaden für unsere politische Arbeit sind wir bestens gewappnet, den Kampf für Humanisierung und Zivilisierung zu führen! Die Möglichkeiten für studentischen Protest verteidigen!

Mit den immer stärkeren Angriffen auf kritische Lehre und Forschung gehen  
10 Bemühungen einher, auch die Möglichkeiten für studentischen Protest an den Universitäten massiv einzuschränken. So soll nicht zuletzt Widerstand gegen die autoritären Eingriffe behindert werden. Doch je häufiger Räume entzogen, Veranstaltungen verboten, unliebsame Wissenschaftler\*innen ausgeladen und selbst die Arbeit studentischer Gremien behindert wird, desto wichtiger wird studentischer  
15 Protest dagegen. Als SDS kämpfen wir deshalb entschieden gegen die weitere Kriminalisierung und die fortlaufenden Repressionen unserer Protestmöglichkeiten am Campus. Ob Protestcamps gegen den fortlaufenden Genozid in Gaza, Hörsaalbesetzungen gegen die Klimakatastrophe oder Blockaden vor autoritären Unipräsidi-  
20 en - der Campus gehört uns!

### **Wissenschaftskooperationen (wieder)aufnehmen und ausbauen!**

In der heutigen, globalisierten Welt sind Universitäten ohne internationale und zivile Wissenschaftskooperationen kaum noch vorstellbar. Ein großer Teil der Wissenschaft würde einfach nicht ohne sie funktionieren, seien es Regionalstudien, Klimaforschung  
25 oder Teilchenphysik. Trotz Bemühungen, sie als Instrument der Außenpolitik zu kapern, liegt ihnen ein internationalistisches und friedensorientiertes Moment zugrunde.<sup>[35]</sup> Dies ist in der Regel den Forscher:innen auch bewusst und sie gehen diese oft mit positiven Ambitionen ein. Es gilt also, mit ihnen Solidarität aufzubauen und gemeinsam für den Erhalt und einer konkretisierten Strategie der Völkerverständigung zu kämpfen. Wichtig  
30 ist hierbei, konsequent mit allen Kooperationen unter der zu verallgemeinernden Maßgabe der Zivilklausel<sup>1</sup> einzugehen, anstatt sich selektiv nach geostrategischen Interessen zu entscheiden. Diese konsequente Friedensorientierung schließt jede Form der wissenschaftlichen Vorbereitung und Rechtfertigung entmenschlichender Praxen aus, wie Kriegsführung, die Fortführung kolonialen Erbes (insb. die deutsche  
35 Verantwortung für Genozid und Apartheid), sowie aller Ungleichheitsideologien, da sie ein Hemmnis darstellen zur gemeinsamen wissenschaftlichen Auseinandersetzung für eine friedliche und menschenwürdige Welt. Das bedeutet: mit China und Russland wie mit den USA, mit dem Iran wie mit Israel, mit Palästina wie mit Syrien!

### **40 Wissenschaftsfreiheit als Entfaltung der Wissenschaft!**

Das bürgerliche Verständnis von freien Wissenschaften ist geplagt durch Widersprüche und führt zu Konkurrenz, Prekarität und Militarisierung. Sie wird auf kurzfristige Verwertung und Ausbildung bequemer Absolventen reduziert. Wir arbeiten hin zu einer Wissenschaft, die sich in ihrem Potential für die Menschheit entfalten kann! Dafür müssen prekäre Beschäftigungsbedingungen abgeschafft, die bedingungslose Studienfinanzierung (BAföG für Alle) verwirklicht und demokratische Strukturen an der Hochschule ausgebaut werden.

<sup>[1]</sup> <https://www.nytimes.com/2024/05/14/us/politics/biden-china-tariffs.html>

10 <sup>[2]</sup> Vgl. Ingar Solty bei der Friedenspolitischen Gewerkschaftskonferenz in Stuttgart 14.06.24

<sup>[3]</sup> Vgl. die vielen Industrieprogramme wie der Chips and Science Act, Inflation Reduction Act oder EU Chips Act

<sup>[4]</sup> <https://www.jungewelt.de/artikel/465871.staatsverschuldung-mit-deutschen-brems Spuren.html>

15 <sup>[5]</sup> <https://www.jungewelt.de/artikel/465289.staatsfinanzen-der-unsoziale-haushalt.html>

<sup>[6]</sup> <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/faq/2024-faq-haushalt.html>

<sup>[7]</sup> Özlem Alev Demirel, Strategische Autonomie und Europäischer Rüstungskomplex: Strukturen, Interessen und Hindernisse, 2023

<sup>[8]</sup> [https://energy.ec.europa.eu/topics/carbon-management-and-fossil-fuels/liquefied-natural-gas\\_en](https://energy.ec.europa.eu/topics/carbon-management-and-fossil-fuels/liquefied-natural-gas_en)

20 <sup>[9]</sup> [https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states\\_en](https://policy.trade.ec.europa.eu/eu-trade-relationships-country-and-region/countries-and-regions/united-states_en)

<sup>[10]</sup> SIPRI, Trends in international arms transfers, 2023

<sup>[11]</sup> <https://www.jungewelt.de/artikel/473553.welthandel-auf-der-antiseidenstra%C3%9Fe.html>

25 <sup>[12]</sup> <https://www.rosalux.de/news/id/51786/israel-und-die-deutsche-staatsraeson>

<sup>[13]</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1419556/umfrage/meinung-in-deutschland-zu-moeglicher-bodenoffensive-israels-im-gaza-streifen/>

<sup>[14]</sup> <https://www.jmwiarda.de/2022/09/14/die-wissenschaft-muss-sich-ihrer-bedeutung-f%C3%BCr-die-nationale-sicherheit-bewusst-sein/>

30 <sup>[15]</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/zeitenwende-in-der-wissenschaftskooperation-int-j-mukherjee-daad-praesident-dlf-e8f93022-100.html>

<sup>[16]</sup>

<https://www.awi.de/forschung/geowissenschaften/permafrostforschung/stationen/samoylov.html>

35 <sup>[17]</sup> <https://www.daad.de/de/der-daad/daad-journal/themen/2024/daad-empfehlungspapier-zu-china-kooperationen/>

<sup>[18]</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article248256370/Hinter-jedem-chinesischen-Forscher-kann-sich-die-Partei-verbergen.html>

<sup>[19]</sup> <https://correctiv.org/aktuelles/china-science-investigation/2023/06/13/wie-die-uni-heidelberg-teil-von-chinas-quantenstrategie-wurde>

40 <sup>[20]</sup> [https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/horizon-europe-work-programmes\\_en](https://research-and-innovation.ec.europa.eu/funding/funding-opportunities/funding-programmes-and-open-calls/horizon-europe/horizon-europe-work-programmes_en)

<sup>[21]</sup> <https://www.bayern.de/wp-content/uploads/2024/02/Entwurf-Gesetz-zur-Foerderung-der-Bundeswehr.pdf>

<sup>[22]</sup> [https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14060-RD-on-dual-use-technologies-options-for-support\\_en](https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/14060-RD-on-dual-use-technologies-options-for-support_en)

5 <sup>[23]</sup> ibid.

<sup>[24]</sup> Vgl. 176. Sitzung des Bundestags

<sup>[25]</sup> Vgl. Stellungnahme der Bayerischen Universitätenkonferenz zum Entwurf des Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern, 2024

10 <sup>[26]</sup> <https://www.gew.de/presse/pressemitteilungen/detailseite/gew-stark-watzinger-muss-zu-vorwuerfen-stellung-nehmen>

<sup>[27]</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/regional/berlin/rbb-tu-praesidentin-rauch-lehnt-ruecktritt-ab-100.html>

<sup>[28]</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22\\_N066\\_63.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/11/PD22_N066_63.html)

<sup>[29]</sup> Deutsches Studierendenwerk, 22. Sozialerhebung, 2023

15 <sup>[30]</sup>

[https://zapfev.de/resolutionen/wise23/International/Resolution\\_Wissenschaftliche\\_Kooperationen\\_staerken.pdf](https://zapfev.de/resolutionen/wise23/International/Resolution_Wissenschaftliche_Kooperationen_staerken.pdf)

<sup>[31]</sup> Vgl. Stellungnahme der HRK zum Weißbuch „Technologien mit doppeltem Verwendungszweck – Optionen für die Unterstützung“ der Europäischen Kommission

20 <sup>[32]</sup> <https://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/hochschulen-als-freien-diskursraum-sichern/>

<sup>[33]</sup> <https://www.gew-bayern.de/veranstaltungen/detailseite/muenchen-demonstration-gegen-das-geplante-bundeswehr-gesetz>

<sup>[34]</sup> <http://zivilklausel.de>

<sup>[35]</sup> <https://www.openmindmag.org/articles/science-needs-diplomacy-diplomacy-needs-science>

25



## **A9 Jetzt erst recht: Landtagswahl in Sachsen unterstützen**

- 5 • Die Linke.SDS unterstützt die Wahlkampfaktionstage vom 26.07. - 04.08. in Leipzig und ruft zur Teilnahme auf
- Die Linke.SDS erstattet unter finanziellem Vorbehalt die Fahrtkosten für an den Aktionstagen teilnehmenden SDS-Genoss\*innen
- die Ortsgruppen werden dazu aufgerufen sich zu beteiligen und vor Ort für die Aktionstage zu mobilisieren
- 10 • Die Linke.SDS beteiligt sich an der Aufarbeitung der Wahlniederlage vom 09.06. und wird mit strategischen und kritischen Impulsen auf Die Linke einwirken

15

20

25

# **A10 Gemeinsam lernend schreiten wir fort!**

## **Kuba die Hand reichen - Internationale Solidarität stärken**

5 *“Todos los pueblos tienen algo inmenso y majestuoso y de común, más vasto que el cielo, más grande que la tierra, más luminosos que las estrellas, más ancho que el mar: el espíritu humano”*

-José Martí (Kubanischer Schriftsteller, 1853-1895)

10 Vereint in der Überzeugung, dass Solidarität und Völkerverständigung die einzigen Mittel sind, um international das Menschenrecht zu erkämpfen, reiste im Frühjahr diesen Jahres die erste gemeinsame Jugendbrigade von Die Linke.SDS, der Linksjugend [‘solid] und Cuba sí nach Kuba. Inmitten der sich zuspitzenden Klassenauseinandersetzungen und der zunehmenden Multipolarität der Welt war es unser Ziel, einen Eindruck von der  
15 kubanischen Lebensrealität zu gewinnen. Sowohl wir als auch unsere kubanischen Freunde stehen vor der Herausforderung, Auswege aus der (globalen) Krise zu finden – ein Unterfangen, das nur gemeinsam gelingen kann!

Schon 65 Jahre kämpft das sozialistische Kuba für die Herstellung einer solidarischen und friedlichen Gesellschaft im eigenen Land wie international. In der Revolution gegen  
20 die US-gestützte Diktatur unter Batista haben die Kubanerinnen und Kubaner ihre Würde erkämpft. Selbst nach dem vorläufigen Sieg des Imperialismus 1989/91 in den sowjetisch dominierten sozialistischen Staaten und damit dem Wegfall der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Partner kann Kuba zentrale Fortschritte der Revolution verteidigen: u. a. Das im Weltmaßstab progressive umfassende, präventive und  
25 aufsuchende Gesundheitssystem, das ebenso wie die Bildung bis hin zur Promotion für alle Bürger\*innen vollständig kostenlos ist und von Ärztinnen und Ärzten international notleidenden Völkern zugute kommt (z. B. in der Bekämpfung von Ebola oder Corona), solidarische Netzwerke auf lokaler Ebene zur Verhinderung absoluter Armut, das materielle Recht aller Bürger\*innen auf Sport und Kultur, eine zumal verglichen mit  
30 anderen amerikanischen Nachfolgestaaten des machistischen spanischen Kolonialismus einzigartige Gleichstellung der Geschlechter und sexuellen Orientierungen, ökologische Fortschritte in der Landwirtschaft. Ermöglicht wird all dies durch die Planwirtschaft in einer sozialistischen Demokratie, für die das Zusammenspiel von zentraler Leitung bis hinunter zu dezentralen lokalen Nachbarschaftskomitees, Massenorganisationen und  
35 kommunistischer Volkspartei bestimmend ist.

### **Der völkerrechtswidrige Wirtschaftskrieg der USA als Entwicklungsbremse**

Seit über 60 Jahren führt die Regierung der USA einen hybriden Krieg gegen das Projekt des kubanischen Volkes, für den die weltwirtschaftliche, aber auch politische, kulturelle, wissenschaftliche völkerrechtswidrige Blockade wesentlicher Bestandteil ist, deren

umfassende Gewalt erst seit dem Sieg der USA im Kalten Krieg voll spürbar wurde. Seitdem musste Kuba gegen die Weltwirtschafts- und Finanzkrise, gegen die Coronapandemie und den damit verbundenen Einbruch des Tourismus sowie die Inflation auf dem kaum zugänglichen Weltmarkt kämpfen; wobei die letzten US-Präsidenten Trump und Biden die Blockade noch verschärften und Kuba (trotz kürzlicher Abmilderung) zu einem den Terrorismus unterstützenden Staat erklärten. Die Blockade wird regelmäßig in internationalen Institutionen (außer von den USA und Israel) verurteilt, jedoch stillschweigend von Staaten wie Deutschland akzeptiert, welche die Handelsbeschränkungen hinnehmen und sich zum Sprachrohr der Regime-Change-Propaganda machen. Zwar sind die aus der Not hervorgegangenen vielfältigen kreativen Umgangsweisen mit den von der Blockade hervorgerufenen Knappheiten charakteristisch für die Innovationsfähigkeit des von außen gehemmten Systems, dennoch zwingen die durch die globalen Krisen verstärkten extremen materiellen Knappheiten Partei und Regierung zum Handeln. Hierzu werden verschiedene Instrumente erprobt, wobei in der Konsequenz Entwicklungen angestoßen werden, die das sozialistische System herausfordern. Über deren Steuerung und Bewertung, über den Weg nach vorn führen aktuell die Kubaner\*innen in ihrer Partei ernste Auseinandersetzungen.

Die meisten der Sanktionsgesetze betreffen den Bereich der Landwirtschaft, welche in ihrer nachkolonialen Struktur ohnehin auf Importe angewiesen ist. Aktuell ist die Ernährungssicherheit für den Großteil der Kubaner\*innen akut gefährdet und eines der drängendsten Anliegen der kommunistischen Partei. Um auf die akuten Probleme flexibler reagieren zu können, werden gewisse Kompetenzen auf die Provinzen oder noch kleinere Ebenen verlagert und in einigen Bereichen ein Konkurrenzmechanismus zwischen den Provinzen installiert. Umkämpft ist auch die Frage nach dem Umgang mit dem Faktor, dass private kleine und mittlere Unternehmen (Mipymes) von den Importverboten für Nahrungsmittel ausgenommen sind, die arbeitsrechtlich stark deregulierten Unternehmen und die Zahl der in diesem Sektor Beschäftigten aber rasant wachsen und ihre Besitzer ein gewisses politisches Eigenbewusstsein auszubilden scheinen. Eine Herausforderung besteht auch in der Schwäche der extrem volatilen Währung, wobei die zunehmende Verwendung „verlässlicher“ Devisen den Peso zusätzlich schwächt. Die durch die Blockade hervorgerufenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden von der US-Propagandaoffensive in den sozialen Medien zur Vereinnahmung der im Zeitalter der Finanzkrisen aufgewachsenen kubanischen Jugend verwendet, auf welche sich seit der Regierung Obamas eine gezielte Medienkampagne richtet, deren Bewertung und Eindämmung ebenfalls ein Gegenstand der Debatten sind. Die junge Generation ist nicht nur in einer Zeit dicht aufeinanderfolgender Krisen aufgewachsen, sie hat weder die durch die Revolution überwundenen Zustände noch die blühenden Jahrzehnte vor 1989/91 oder das aktive Wirken der symbolischen Figuren der Revolution wie Fidel Castro erlebt. Aktuell ist ein wichtiges Anliegen der Geschichtswissenschaft in Kuba, die Geschichte und Bedeutung der Revolution und ihrer Akteure für diese junge Generation neu zu erschließen. Die Kombination aus wirtschaftlichen Widrigkeiten, ideologischen Problemen und Abwerbungskampagnen

aus den USA bewegt viele wissenschaftlich-technisch hoch qualifizierte junge Kubaner\*innen, ins kapitalistische Amerika auszuwandern, obwohl die kubanische Wirtschaft und Kultur diese Akademiker\*innen dringend benötigt.

## 5 **Wissenschaftliche Kooperation und gemeinsamer Erkenntnisgewinn als Entwicklungsmotor!**

Die kubanischen Genoss\*innen stehen vor komplexen Richtungsentscheidungen, um ihren gelebten Gegenentwurf zum System von Ausbeutung und Krieg zu bewahren und zu entwickeln, das für uns ein konkretes Vorbild darstellt. Gerade in dieser Situation brauchen wir internationale praktische Solidarität mit Kuba, wobei diese Bewegung zwar aktuell inhaltlich und zahlenmäßig schwächer ist als vor einigen Jahrzehnten; als SDS haben wir jedoch gemeinsam mit der linksjugend [‘solid] und Cuba Sí im vergangenen Jahr bereits auf der gemeinsamen Jugendbrigade zum 1. Mai und in deren Auswertung erste Schritte unternommen, um die praktische Solidarität mit dem sozialistischen Kuba dort auszubauen, wo wir kämpfen, aber auch in die internationale Bewegung hineinzuwirken. Diese Solidarität wollen wir verstetigen und praktisch ausweiten. Die kubanischen Genoss\*innen selbst erzählten, welche zentrale Bedeutung für sie die Verankerung der Solidarität an den Hochschulen und in den Wissenschaften, vor allem den (Völker-)Rechts-, Politik- und Wirtschaftswissenschaft hat. Schließlich wird die völkerrechtswidrige Blockade zwar von der US-Regierung verhängt, jedoch von wichtigen potentiellen Handelspartnern wie den Staaten der Europäischen Union verwirklicht, die ihre Unternehmen nicht vor den extraterritorialen Sanktionen schützen. Um das System der progressive Entwicklungen abschnürenden Blockade zu durchlöchern, müssen wir auf unsere eigenen Regierungen Druck ausüben. Progressive Wissenschaft, die etwa eine humanistische Anwendung des Völkerrechts für das Lebensinteresse Kubas wie auch weiterer marginalisierter Staaten des globalen Südens ermöglicht, ist hierfür unabdingbar. Entsprechend begreifen wir es nicht nur als unsere Aufgabe, Kulturbotschafter\*innen für den kubanischen Sozialismus hierzulande zu sein und den verbrecherischen Charakter der Blockade aufzudecken, sondern auch, in unseren eigenen Wissenschaften für ihre Aushöhlung zu wirken. Durchlöchert wird die umfassende Blockade auch durch die Etablierung und Intensivierung von Kooperationen und Austauschprogrammen mit kubanischen Universitäten und der kubanischen Massenorganisation der Studierenden FEU.

Als Sozialist\*innen ist es unser unmittelbares Interesse, die Einschnürung Kubas durch den imperialistischen Noch-Hegemon USA zu bekämpfen und für eine „multipolare Wissenschaft“ zu streiten. Als Studierendenorganisation an der Seite der linken Partei haben wir vielfältige Handlungsmöglichkeiten.

Deshalb:

- Unterstützen wir im kommenden Jahr eine weitere Jugendbrigade gemeinsam mit der Linksjugend [‘solid] und Cuba Sí. Hierfür unterstützt der Verband die

kommende Brigade (Frühjar 2025) mit finanziellen Mitteln in Höhe von 1000€, damit möglichst vielen Genoss\*innen die Teilnahme an der Reise und an den Vorbereitungs-/Nachbereitungswochenenden möglich gemacht werden kann.

- 5 • Unterstützen wir als Gesamtverband die "Fiesta de Solidaridad" am 27.07.2024 in Berlin.
- 10 • Nutzen wir die Brigade, um bundesweit innerhalb des Verbandes die Bildung und Debatten über die Entwicklungen in Kuba sowie das Tribunal gegen die Blockade im EU-Parlament im November zu vertiefen, etwa mithilfe des entsprechenden Abschlussberichtes, von Reiseberichten und Vorträgen in verschiedenen Ortsgruppen.
- 15 • Vertiefen wir die Diskussion mit der lernenden kubanischen Jugend in den Massenorganisationen UJC und FEU und bemühen uns um die Etablierung von Austauschprogrammen an unseren Universitäten und Instituten mit kubanischen Kommiliton\*innen und Forscher\*innen sowie längerfristiger Wissenschaftskooperationen.
- 20 • Vertiefen wir auch die Wissenschaftskooperationen und den Austausch im medizinischen und pharmazeutischen Bereich, um von Kubas präventiv-aufsuchenden Ansatz im Gesundheitswesen zu lernen.
- Setzen wir uns insbesondere in den Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften dafür ein, die rechtswidrigen Auswirkungen der Blockade hierzulande sowie rechtliche Hebel dagegen zu analysieren und für eine progressive Völkerrechtswissenschaft zu forschen.

## A11 Rosa-Luxemburg-Konferenz und Luxemburg-Liebknecht-Delegation 2025

- 5 - Die Linke.SDS beteiligt sich im Vorfeld an der Gestaltung des Tagungsprogramms und der Informationsstände der Konferenz sowie an der Planung des Jugendblocks auf der Gedenkdemonstration.
- 10 - Die Linke.SDS erstattet - unter finanziellem Vorbehalt - Fahrt- und Übernachtungskosten für die Teilnahme einer Delegation an der XXX. Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) am 11. Januar 2025 in Berlin sowie an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration (LL-Demonstration) am 12. Januar 2025 in Berlin.
- 15 - Die Linke.SDS unterstützt die XXX. RLK sowie die LL-Demonstration und ruft zur Teilnahme auf.
- Die Linke.SDS unterstützt weitere dezentrale Formate, um am 11./12. Januar 2025 den ermordeten SozialistInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebkecht zu gedenken.

<sup>[1]</sup> Vgl. den Artikel der SDS-Delegation aus diesem Jahr in critica: <https://critica-zeitung.de/2024/03/03/rosa-luxemburg-konferenz-in-der-zeitenwende-das-zusammenkommen-der-deutschen-linken-ein-bericht-des-sds/>

<sup>[2]</sup> Einige Vorschläge finden sich in der Abschluss-Analyse der letzten Delegation, erhältlich bei den Angehörigen der letzten Delegation.

# A12 Die Jugend vereint gegen Militarismus und Wehrdienst!

## Zwei Jahre Stellvertreter- und Abnutzungskrieg in der Ukraine

5 Nach mehr als zwei Jahren Krieg sind die Auswirkungen auf die Ukraine und die Welt insgesamt verheerend. Die ukrainische Zivilbevölkerung wurde in ihrem Zugang zu grundlegenden Bedürfnissen wie Bildung und Infrastruktur stark eingeschränkt. Das Ergebnis ist besorgniserregend. Laut Angaben von UNICEF vom Februar 2023 hat sich die Kinderarmut nach nur einem Jahr des eskalierenden Konflikts von 43% auf 82%  
10 verdoppelt. Die Zahl der intern Vertriebenen auf ukrainischem Gebiet stieg im selben Jahr auf 5,9 Millionen. Gleichzeitig wurden demselben Bericht zufolge rund 800 Gesundheitseinrichtungen zerstört; der Zugang zu Bildung für Millionen von Kindern wurde unterbrochen, was die Folgen der zweijährigen Unterbrechung aufgrund der COVID-19-Pandemie noch verschärft und in der Ostukraine, wo der Zugang zu Bildung  
15 seit mehr als acht Jahren unterbrochen ist, noch kritischer ist. Es wurde vorhergesagt, dass bis 2023 mehr als 1,5 Millionen ukrainische Kinder gefährdet sein werden, an schweren psychischen Erkrankungen wie Depressionen, Angstzuständen und PTSD zu leiden.<sup>[1]</sup> Die UNICEF-Exekutivdirektorin Catherine Russell warnt daher: "Kinder brauchen ein Ende des Krieges und einen dauerhaften Frieden, um ihre Kindheit  
20 wiederzuerlangen, zur Normalität zurückzukehren und mit der Heilung und Genesung zu beginnen".<sup>[2]</sup>

Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft waren ebenso verheerend und führten zu weit verbreiteter Armut sowie zu Nahrungsmittel- und Energieknappheit in allen Teilen der Welt. Der beschleunigte Anstieg der Energiepreise aufgrund des Mangels an Erdgas, das  
25 etwa 30 % des weltweiten Energiebedarfs ausmacht,<sup>[3]</sup> hat zu einem beschleunigten Anstieg der weltweiten Inflation und damit der Lebenshaltungskosten von Arbeiter\*innen in aller Welt geführt. Der Anstieg der Lebensmittelpreise ist auf einen Anstieg der weltweiten Mais- und Getreidepreise zurückzuführen. Der Anteil der Ukraine und Russlands am Weltmarkt für Getreide beträgt etwa 30 %, da beide Länder zu den  
30 größten Getreideproduzenten der Welt gehören.<sup>[4]</sup> Darüber hinaus beeinträchtigen die steigenden Preise für Düngemittel und die Verringerung der effizienten Handelswege für diesen Handel die landwirtschaftlichen Kapazitäten aller Länder, insbesondere der Länder des Globalen Südens. Nach Berichten des Welternährungsprogramms (WFP) hat sich die Zahl der Menschen, die akut von Ernährungsunsicherheit bedroht sind, bis Ende  
35 2022 um 47 Millionen erhöht, was unmittelbar auf die Eskalation des Konflikts in der Ukraine zurückzuführen ist; insgesamt sind es 345 Millionen Menschen in 82 Ländern.<sup>[5]</sup>

Die Zahl der Todesopfer in der Ukraine hat exorbitante Zahlen erreicht. Über die offizielle Zahl der Kriegsoffer ist wenig bekannt. Einige Quellen sprechen von 500.000 Gefallenen, während die USA die Zahl auf 240.000 beziffern.<sup>[6]</sup> Wie hoch die tatsächliche Zahl auch immer sein mag, zeigen beide, dass eine ganze Generation dezimiert wurde. Von den versprochenen und behaupteten Fortschritten auf dem Schlachtfeld haben wir nichts gesehen. Die Tatsache, dass nach Angaben der UNO 90 % der ukrainischen Bevölkerung von Armut bedroht sind und dass 18 Jahre sozioökonomischer Entwicklung verloren gegangen sind,<sup>[7]</sup> beweist jedoch eines: Wir brauchen sofortige Deeskalation, Waffenstillstand und Friedensverhandlungen!

## 10 **“Wiederaufbau der Ukraine“ heißt Wiederaufbau der Waffenindustrie**

Die einzigen Profiteure in diesem Krieg sind die Rüstungsunternehmen. Anfang 2024 stieg der Umsatz von Rheinmetall um 16 % im Vergleich zum Vorjahr auf etwa 1,6 Milliarden Euro.<sup>[8]</sup> Die Kooperation zwischen der europäischen, insbesondere der deutschen Rüstungsindustrie, wird immer enger. Dennoch hinkt die europäische Rüstungsproduktion hinter den Notwendigkeiten der industriellen Kriegsführung her. Laut Militärexperten benötigt die Ukraine etwa 2,4 Millionen Artilleriegeschosse pro Jahr, während die Produktion der USA und der EU zusammen nur bei etwa 1,2 Millionen Stück jährlich liegt.<sup>[9]</sup> Zahlreiche Pläne sehen vor, die Ukraine zum “Waffenarsenal der freien Welt” zu machen. Bei der “Wiederaufbaukonferenz” in Berlin lag der Fokus hauptsächlich auf den Ausbau der Rüstungsproduktion, zum Beispiel wurde im Rahmen der Konferenz vereinbart, dass Rheinmetall demnächst ein Schützenpanzerwerk in der Ukraine baut.<sup>[10]</sup>

Ob dieser Abnutzungskrieg weitergeführt werden kann, wird zunehmend von der ukrainischen Führung selbst bezweifelt. Vor der Schweizer Friedenskonferenz sagte Präsident Selenski: „Wir haben nie nur auf Waffengewalt gesetzt, sondern immer auch auf Diplomatie“, und hofft, dass die Konferenz eine Basis für zukünftige Friedensgespräche schaffen kann. Russland ist jedoch nicht eingeladen.<sup>[11]</sup> Anstatt die Diplomatie voranzutreiben, werden von den NATO-Staaten die roten Linien der Kriegsbeteiligung immer weiter verwischt. Der französische Präsident fordert NATO-Bodentruppen in der Ukraine und Angriffe auf Ziele in Russland. In Deutschland schließt der ehemalige SPD-Chef Sigmar Gabriel den Einsatz deutscher Bodentruppen in der Ukraine nicht aus. CDU-Politiker Roderich Kiesewetter meint: „Der Krieg muss nach Russland getragen werden.“<sup>[12]</sup> Nach dem Bundeswehr-Leak Anfang des Jahres ist auch schon klar, dass von einer aktiven Beteiligung von deutschen Soldaten, um Ziele in Russland zu treffen, geträumt wird.<sup>[13]</sup>

## **Militarisierung in Deutschland**

Die Kriegsvorbereitungen sind in Deutschland jedenfalls in vollem Gange, sowohl in den Medien als auch in der Bildung durch bundesweite Angriffe auf die Zivilklausel der



Hochschulen. Die Bildungsministerin fordert die Öffnung der Universitäten und Hochschulen für das Militär. In Bayern steht das „Gesetz zur Förderung der Bundeswehr“ kurz vor dem Beschluss, das militärische Kooperationen mit Hochschulen erzwingt, sowie den freien Zugang der Bundeswehr an Schulen. Für die  
5 gesamtgesellschaftliche Konditionierung wurde der Veteranentag eingeführt, dessen Aufgabe klar ist: „das Verständnis dafür fördern, dass Wehrhaftigkeit zum Schutz Deutschlands eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“(Verteidigungspolitische Richtlinien 2023).<sup>[14]</sup> Im Antrag des kriegsdienstverherrlichenden Gedenktags werden die  
10 Auslandseinsätze der letzten 60 Jahre als Einsatz für “Freiheit, Frieden und die Wahrung der Menschenrechte” beschrieben.

Für ein kriegstüchtiges Deutschland braucht man aber nicht nur die Köpfe, sondern auch die Körper. Wie angekündigt stellt der SPD-Verteidigungsminister Pistorius seine Pläne für den euphemistisch genannten “Neuen Wehrdienst” vor, ein erster Schritt für  
15 die kommende Wehrpflicht. Zunächst soll nur das Ausfüllen des Fragebogens verpflichtend sein für alle jungen Männer, die das 18. Lebensjahr erreichen. Ob man dann für die Musterung ausgewählt wird, entscheidet, wie besonders geeignet und motiviert man ist. Man erhofft sich jedes Jahr 5.000 Körper. Das Ziel dieser Pläne ist die  
20 Desensibilisierung auf eine Wehrpflicht und das Messen der Kriegsbereitschaft der Bevölkerung. Die sich immer weiter zuspitzende soziale Lage der Jugend soll ausgenutzt werden: Das Heer lockt durch eine Vergütung von mehr als 1.800 Euro für  
Wehrdienstfreiwillige und eine Möglichkeit auf eine Prämie von 5.000 Euro, wenn man sich für mehr als 6 Monate verpflichtet. Die Wehrdienst-Pläne des Kriegsministers  
25 werden von den öffentlichen Medien schön geredet. ARD-Redakteur Stefan Stuchlik findet den “Auswahl-Wehrdienst viel zu wenig”. Aber hierbei soll es auch nicht bleiben: Pistorius will die Zwangsrekrutierung bei einem Mangel an Freiwilligen nicht  
ausschließen.<sup>[15]</sup>

Abgesehen von der körperlichen und psychologischen Abnutzung der Menschen für die Kriegsmaschine wird die Wiedereinführung der Wehrpflicht sich übrigens auch negativ  
30 auf die Wirtschaft auswirken. Dies zeigt nur die ökonomische Irrationalität des kapitalistischen Systems und des von ihr produzierten Militarismus.

### **Was tun?**

Wir als sozialistischer Studierendenverband müssen uns klar gegen diese Entwicklungen  
35 stellen und aktiv die Kriegslogik bekämpfen. Was wir in Deutschland erleben, ist nichts anderes als ein autoritärer Staatsumbau, dessen Ziel die Militarisierung der Köpfe und Körper ist. Deshalb ist es unsere Pflicht, eine breite Front des Widerstands und des Kampfes für Frieden und Demokratisierung in Deutschland aufzubauen. Deshalb verpflichten wir uns als DieLinke.SDS dazu:

- Den Aufbau eines großen Jugendbündnisses zu initiieren mit allen fortschrittlichen und friedensbewegten Kräften, die sich auf den Widerstand in den Schulen und Universitäten konzentrieren, in dem Bewusstsein, dass ein Angriff auf die Schüler ein Angriff auf die Studierenden ist. Dazu müssen wir uns mit der Linksjugend Solid, der SDAJ und den Gewerkschaftsjugendlichen zusammenschließen und die Hände ausstrecken zu allen Jugendgruppen, die die militaristischen Bestrebungen der deutschen Regierung offen und entschieden ablehnen.
- Als Studierendenverband müssen wir uns in den Gremien der verfassten Studierendenschaft – den Studierendenparlamenten, Fachschaften und Senaten dafür einsetzen, dass die Versuche, den Wehrdienst zu verherrlichen und die Wehrbereitschaft in den Schulen und Universitäten zu erhöhen, öffentlich verurteilt werden. Diese sind ein direkter Angriff auf die antifaschistischen Lehren der Nachkriegszeit, auf die Zivilklausel und die Bildung von friedensbereiten Menschen sowie den Aufbau einer prosperierenden und gerechten Gesellschaft.
- Unser Ziel muss es sein, durch politischen Druck die Hochschulleitungen zu zwingen, die Militarisierung des Diskurses und der Lebensbedingungen der Jugend sowohl an den Universitäten als auch an den Schulen sowie die an Schüler und Studierende gerichteten Rekrutierungsbemühungen ausdrücklich zu verurteilen. In dem Bewusstsein, dass ein Krieg ohne die Unterstützung der Wissenschaft nicht möglich ist, bedeutet eine Universität für den Frieden eine unverzichtbare antifaschistische Front.
- Neben der Arbeit mit der Jugend müssen wir eine breite Front mit allen friedensbewegten Kräften wie der DFG-VK und den religiösen Hochschulgruppen aller Konfessionen aufbauen – in dem Wissen, dass es in diesen Gruppen historisch gesehen immer friedensbewegte Fraktionen gegeben hat.
- Der Veteranentag dient dazu, den Krieg und die damit verbundenen Gräueltaten zu verherrlichen, ohne die irreparablen Schäden zu berücksichtigen, die der Krieg sowohl für die physische und psychische Gesundheit der Veteranen als auch für die Länder, in denen diese vermeintlichen "Heldentaten" stattgefunden haben, verursacht hat. Deshalb müssen wir uns als Partei DieLinke dieser makabren Feier des Krieges in Form von entschlossenen und demokratischen Protestaktionen entgegenstellen. Wir fordern von der Partei DieLinke, das hier dargelegte Aktionsprogramm inhaltlich, organisatorisch und finanziell schwerpunktmäßig zu unterstützen. Die Partei muss diese Bemühungen in allen Bereichen der Interessenvertretung, in denen sie präsent ist, unternehmen.
- Als Studierendenverband ist unsere Aufgabe, die Kämpfe für eine dem Frieden gewidmete Wissenschaft an den Hochschulen zu führen. Gleichzeitig und folglich verstehen wir, dass die Gewerkschaften die historische Verantwortung haben, diese Kämpfe in ihren jeweiligen Betrieben zu führen. Wir verpflichten uns daher, die Bande der Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen allen

friedensbewegten Kräften in der gewerkschaftlichen Welt zu stärken. Nur indem wir uns als Teil der Arbeiterklasse im revolutionären Kampf verstehen, werden wir die Kraft haben, ein Deutschland des Wohlstands und der Zusammenarbeit aufzubauen, das der gegenseitigen Hilfe und der Verständigung zwischen den Völkern gewidmet ist. Heute mehr denn je: Sozialismus oder Barbarei!

*“Der Prolet wird in den Krieg verladen  
Daß er tapfer und selbstlos ficht.  
Warum und für wen wird ihm nicht verraten  
Für ihn selber ist es nicht.  
Dreck euer Krieg! So macht ihn doch allein!  
Wir drehen die Gewehre um  
Und machen einen anderen Krieg  
Das wird der richtige sein.”*

Lied gegen den Krieg - Bertolt Brecht

<sup>[1]</sup> <https://www.unicef.org/press-releases/war-ukraine-pushes-generation-children-brink-warns-unicef>

<sup>[2]</sup> Russell, Catherine, in: ebd.

<sup>[3]</sup> <https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2022/10/04/russian-invasion-of-ukraine-impedes-post-pandemic-economic-recovery-in-emerging-europe-and-central-asia>

<sup>[4]</sup> <https://www.imf.org/en/Blogs/Articles/2022/03/15/blog-how-war-in-ukraine-is-reverberating-across-worlds-regions-031522>

<sup>[5]</sup> [https://unsdg.un.org/sites/default/files/2022-08/GCRG\\_3rd-Brief\\_Aug3\\_2022\\_.pdf](https://unsdg.un.org/sites/default/files/2022-08/GCRG_3rd-Brief_Aug3_2022_.pdf)

<sup>[6]</sup> <https://cedetrabajo.org/en-2024-continuara-la-guerra-de-ucrania-pero-con-malas-noticias-para-la-otan/>

<sup>[7]</sup> <https://www.undp.org/war-ukraine>

<sup>[8]</sup> <https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2024/05/2024-05-14-rheinmetall-pressemitteilung-quartalsmitteilung-q1>

<sup>[9]</sup> <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/rheinmetall-produktion-von-artilleriemunition-in-ukraine-geplant-01/100015848.html>

<sup>[10]</sup> <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ruestungskonzern-rheinmetall-baut-neuen-schuetzenpanzer-lynx-in-der-ukraine-01/100044166.html>

<sup>[11]</sup> <https://www.deutschlandfunk.de/friedenskonferenz-schweiz-ukraine-krieg-100.html>

<sup>[12]</sup> Kiesewetter, Roderich, in: <https://mmm.verdi.de/meinung/die-militarisierung-der-medien-95557/>

<sup>[13]</sup> <https://www.jungewelt.de/artikel/470563.luftwaffen-leak-man-musste-es-mal-probieren.html>

<sup>[14]</sup> <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/15-juni-nationaler-veteranentag-deutschland-5787646>

<sup>[15]</sup> <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-wehrpflicht-102.html>

## A14 Erneuerung des bundesweiten Designs

Die Linke.SDS und dessen Ortsgruppen erneuern ihr Design durch den vorliegenden Designvorschlag, der von den Antragsteller\*innen über das letzte Jahr entwickelt wurde.

- 5 Hierzu gehören ein neues Logo, eine neue Farbpalette und neue Schriftarten (siehe [linke-sds.org/design-erneuerung](https://linke-sds.org/design-erneuerung)).

- 10 Zur Betreuung und Instandhaltung des Designs wird eine offene Gruppe gebildet. Diese soll Ortsgruppen bei der Umsetzung des neuen Designs unterstützen, einschließlich der Übertragung individualisierter Logos von Ortsgruppen in das neue Design. Von dieser Gruppe sollen außerdem Designvorlagen erstellt werden und Einführungen und Skill-Shares angeboten werden, um den Zugang zum neuen Design und Öffentlichkeitsarbeit in der Breite zu erleichtern.

- 15 Bei begründetem Bedarf sollen in den Wochen nach dem Bundeskongress kleine Änderungen am vorgelegten Design vorgenommen werden. Außerdem soll der Bedarf von Ortsgruppen nach weiteren Farbpaletten abgefragt werden, die themenspezifisch verwendet werden können. Diese sollen ergänzend zu den Hauptfarben dem Design hinzugefügt werden. Auch hierfür soll die bundesweite Design-Gruppe zuständig sein
- 20 und dies im Austausch mit dem Verband erarbeiten. Bedürfnisse aus dem Verband sollen insbesondere durch weitere Umfragen und einen Austausch mit der bundesweiten Social Media Austauschgruppe miteinbezogen werden.

# A15 Delegation zum 3. Jubiläum der GKN-Fabrikbesetzung bei Florenz

## ***Die Lage beim GKN Werk in Florenz***

- 5 Die Arbeiter\*innen des ehemaligen Autozuliefererbetriebs GKN in Campi Bisenzio bei Florenz kämpfen seit fast drei Jahren gegen die Schließung ihrer Fabrik und für eine Konversion des Betriebs, um die Arbeitsplätze zu erhalten und eine ökologisch sinnvolle Produktion unter Arbeiter\*innenkontrolle aufzubauen. Mit der Zeit ist dort ein solidarisches Bündnis aus Beschäftigten anderer Branchen,
- 10 Klimagerechtigkeitsbewegung und breiter Öffentlichkeit entstanden. Die Fabrik wurde zu einem Zentrum des Zusammenkommens für Menschen aus der Region und dient seither als Ort der gewerkschaftlichen und politischen Vernetzung. Bereits früh wurde sich zudem mit Wissenschaftler\*innen zusammengeschlossen um einen Konversionsplan hin zu einer ökologischen Produktion zu erarbeiten: statt Autoteile
- 15 sollen Solarpanels und Lastenräder hergestellt werden.

- Auch studentische Gruppen Italiens waren dabei immer wieder an den Auseinandersetzungen beteiligt, so reisten beispielsweise vergangenen August Studierende aus verschiedensten Regionen des Landes an, um vor den Werkstoren zu
- 20 zelten und dadurch die Arbeiter\*innen vor der Räumung zu schützen, den Streik zu unterstützen und gemeinsam in den Austausch über Transformationsstrategien kommen.

## ***Von Klimakampf und Klassenkampf***

- 25 Während die Klimakrise sich fortlaufend verschärft und bereits in vielen Teilen der Welt zu massivem Leid führt und Ungleichheiten vergrößert, spaltet der (angebliche) Widerspruch zwischen Arbeitsplatzerthalt und ökologischen Umbau hierzulande oftmals die Klimagerechtigkeits- und Arbeiter\*innenbewegung (bzw. soll sie gegeneinander ausspielen).
- 30 Wir wissen: Die Kämpfe für eine sozial gerechte und nachhaltige Gesellschaft gehören zusammen und nur die Kombination von beidem - ökologischer Klassenkampf - hat eine tatsächliche Perspektive für eine sozialökologische Transformation bis hin zum Ökosozialismus. Der Kampf unserer Genoss\*innen in Italien ist dabei wegweisend, auch für die Arbeiter\*innen in der deutschen Automobilindustrie, deren Jobs durch drohende
- 35 Umstellungen der Produktion gefährdet sind bzw. wegfallen werden.

## ***Rückblick auf eine Delegation***

Als SDS waren deswegen bereits vergangenes Jahr, bei der 2. Jubiläumsfeier, einige Genoss\*innen Teil der Delegation nach Campi Bisenzio. Dabei haben wir uns mit Aktivist\*innen, Gewerkschafter\*innen und Studierenden aus Österreich und der Schweiz vernetzt, viele spannende Gespräche geführt und zahlreiche Impulse für unsere Arbeit in den Ortsgruppen mitgenommen. Dabei kamen zahlreiche Fragen auf: Wie kann eine breite Allianz aus Arbeiter\*innen und Aktivist\*innen gelingen? Wie kann basisdemokratische gewerkschaftliche Organisation über lange Zeit aussehen und welche Rolle spielt eine linke (bis revolutionäre) Partei in den Kämpfen? Wie schaffen wir es, die Strategiedebatte innerhalb der Klimabewegung hin zum Climate Labour Turn weiter auszubauen? Welche Rolle kommt uns als Studierenden und der Universität dabei zu? Innerhalb des letzten Jahres haben wir diese Fragen in Bewegungen wie #wirfahrenzusammen, in Gewerkschaften und auch an der Universität weiter geführt.

### ***SDS als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung***

Die kommende Delegation zur Jubiläumsfeier am 13. Juli 2024 bietet erneut (und vielleicht zum letzten Mal) die Chance, einen Einblick in die Auseinandersetzungen vor Ort zu bekommen und sich mit verschiedenen Aktivist\*innen und Akteuren zu vernetzen und auszutauschen. Unseres Erachtens ist es äußerst lohnenswert, als SDS erneut ein Teil davon zu sein. Unsere politische Aktivität an der Universität und darüber hinaus wird durch solche Formate des internationalen Austauschs bereichert, denn wir können ganz praktisch von den anderen Teilnehmenden und den Arbeiter\*innen vor Ort kreative Formen des Protests, des Widerstands und der Allianzbildung erlernen. Dieser Austausch, sowie das Wissen der Beschäftigten über ihre jeweiligen Arbeitsfelder und damit verbundenen Herausforderungen sind zudem extrem bereichernd für die wissenschaftliche und öffentliche Debatte zur sozialökologischen Transformation - die sich oftmals in den engen institutionellen Rahmen des gesellschaftlichen Status Quo dreht und in die wir kritisch intervenieren müssen. Schließlich sind wir als Organisation kein isolierter Akteur, sondern ebenfalls aktiver Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung. Viele Studierenden sind zudem zu Recht besorgt über unsere Zukunft auf einem sich rasant erwärmenden Planeten. Diese gilt es ernst zu nehmen und ihnen mit ökosozialistischen Perspektiven zu begegnen. Solche Perspektiven gewinnen an Schärfe und Durchschlagskraft durch die (kritische) Auseinandersetzung mit und der realen Erfahrung von Kämpfen wie in der ehemaligen Fabrik von GKN.

Wir fassen zusammen: Um an diesen Verhältnissen etwas zu ändern, müssen wir uns zusammenschließen! Nur in gesellschaftlichen Mehrheiten kann es uns gelingen, die kapitalistische Misere zu beenden und eine Gesellschaft zu schaffen, die keine Ausbeutung und Unterdrückung mehr kennt. In diesem Sinne: Auf in die internationale Vernetzung und den Austausch!

Der Bundeskongress des SDS möge beschließen, auf sämtlichen Kanälen des SDS für die internationalistische Delegation nach Florenz zu mobilisieren. SDS Genoss\*innen die Teil von dieser werden möchten, mit insgesamt bis zu 500€ zu unterstützen.

- 5 Insorgiamo! Lasst uns aufstehen!

## **A16 Feministischen Aufbruch wagen! - Queere feministische Bildung stärken**

5 Wir fordern Auseinandersetzung mit materialistischem Feminismus auf allen mehrtägigen, inhaltlichen Verbandsveranstaltungen, wie zum Beispiel der Sommerakademie, dem ABC des Aktivismus oder dem Friedenswochenende. Bei einmaligen, inhaltlichen Veranstaltungen soll versucht werden, feministische und queere Perspektiven zu berücksichtigen.



# D1: Dringlichkeitsantrag - Waffenstillstand jetzt! Stoppt die Ausweitung des Krieges im Nahen Osten!

5 „Als Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband fordern wir alle  
Gliederungen der Partei, des Jugend- und Studierendenverbands sowie alle  
Mitglieder auf, sich in einer neuen Qualität und vollkommenen Entschlossenheit  
für einen sofortigen Waffenstillstand im Nahen Osten einzusetzen. Der  
fortlaufende Genozid und die absolute Zerstörung aller zivilisatorischen  
10 Grundlagen, resultiert durch die Besatzungsökonomie und Apartheid in Israel.  
Jetzt wurde eine eskalative Ausweitung des israelischen Kriegs auf den Libanon  
angekündigt.

Ranghohe Armeevertreter haben eine Offensive im Libanon "genehmigt und  
freigegeben", teilte die Armee mit. Der israelische Außenminister Israel Katz  
15 drohte der Hisbollah mit ihrer Zerstörung in einem umfassenden Krieg ("all-out  
war").

Die Gefahr einer weiteren Ausweitung des Krieges zu einem atomaren  
Flächenbrand droht, wenn keine Deeskalation erkämpft wird. Statt weiteren  
Waffenlieferungen muss ein umfassendes Waffenembargo gegen Israel und ein  
20 Stopp aller Rüstungsexporte aus Deutschland durchgesetzt werden. DIE LINKE  
wird aufgefordert, sich entschieden und öffentlichkeitswirksam für einen Stopp  
aller deutschen Waffenlieferungen nach Israel einzusetzen."

Der Bundesvorstand möge das Statement über seine öffentlichen Kanäle verbreiten und  
an den Parteivorstand übersenden mit der Aufforderung für ein entschlosseneres  
25 friedenspolitisches Engagement. Angesichts der drohenden Eskalation wird der  
Bundesvorstand beauftragt:

1. Eine Delegiertenberatung für den kommenden Parteitag im September für eine  
friedenspolitische Initiative zu organisieren, um alle im SDS organisierten  
Delegierten zu einer verbindlichen Teilnahme zu bewegen. Es soll verbandsoffen  
30 eingeladen werden.
2. Der Parteivorstand wird in Absprache mit dem SDS aufgefordert, eine Palästina-  
Friedenskonferenz zu organisieren.

3. Für den Antikriegstag wird der Parteivorstand aufgefordert, ein außerordentliches Engagement zur Mobilisierung zu zeigen u.a. durch Haustürgespräche.